Zur Ideologie der RAF Seite 6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 39 vom 28. September 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

11. Gewerkschaftstag der IG Metall

Verschärfter Kurs gegen die Arbeiterklasse

Am 24. September will die Große Tarfikommission der IG Metall ihre Forderungen für die Stahl-Tarifbewegung bekanntgeben. IGM-Boß Loderer hat bereits erkennen lassen, wie die IG Metall auch in diesem Jahr einen Abschluß durchsetzen will, der faktisch weiteren Lohnabbau für die Kollegen bedeuten würde: Die Forderung nach mehr Urlaub soll in den Vordergrund, ins Zentrum des „harten Ringens der Tarifpartner" gerückt werden, um von dem von Kapitalisten und IGM-Apparat anvisierten Lohnraubabschluß abzulenken. Tarifrunden stehen in den nächsten Monaten nicht nur für die Stahlarbeiter, sondern für Millionen Kollegen verschiedener Branchen an, In dieser Situation hat der Verlauf des 11. Gewerkschaftstages der IGM in Hannover erneut klar gemacht, daß diese größte Einzelgewerkschaft wie der DGB insgesamt keine Kampforganisation der Arbeiterklasse, sondern ein Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiter ist.



Rudi Wischnewski,ehemaliger gewerkschaftsoppositioneller Betriebsrat bei Opel in Bochum,sammelt Unterschriften gegen den reaktionären Betriebsrat.

Während zigtausende Kollegen nicht nur ohne, sondern gegen den IGM-Apparat streikten, während bei Betriebsrats- und Jugendvertretungswahlen immer häufiger oppositionelle und rote Listen gegen die IGM-Listen aufgestellt werden, während gerade der IGM-Apparat gezwungen ist, durch reihenweise Ausschlüsse gegen kommunistische und andere klassenkämpferische Mitglieder zu versuchen, „Ruhe und Ordnung" im eigenen Haus zu erzwingen, ging auf diesem Gewerkschaftstag kaum ein Wort des Unmuts oder gar des Widerstands gegen den IGM-Apparat über den Lautsprecher. Die hier angereisten Delegierten lassen sich – womit nicht ausgeschlossen werden soll, daß im Ausnahmefall einige aufrichtige Kollegen durch die Maschen des Wahlsystems geschlüpft sein können – als der personelle Kern des IGM-Apparats bezeichnen: Zum großen Teil hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre, freigestellte Betriebsräte, Vertreter des unteren Funktionärsapparates, die auch als „Ehrenamtliche" das Vertrauen der Führung genießen, weil sie sich in der Vergangenheit stets als deren „Vollzugsbeamte" erwiesen haben.

Die Zusammensetzung dieses Gewerkschaftstages allein hätte der IGM-Führung die reibungslose Durchsetzung ihrer vom Interesse des Kapitals bestimmten Politik gesichert. Gleichzeitig hat der IGM-Apparat aber dafür gesrogt, daß von den Mitgliedern, aus den Betrieben kein Antrag direkt auf die Tagesordnung gelangen kann, wenn er den Zielen des Apparats in irgendwelchen Punkten zuwiderläuft. Antragsberechtigt sind nämlich nur die Vertreterversammlungen der Verwaltungsstellen, die Bundesausschüsse und der Vorstand. Ein Antrag, der von einer Vertrauensleuteversammlung oder Mitgliederversammlung gestellt wird, überwindet, wenn er auch nur die geringste ernsthafte Kritik enthält, in der Regel nicht einmal die Klippe der Vertreterversammlung, wo der zarte Hinweis der Ortsverwaltung „abzulehnen" meistens genügt, um ihn in der Versenkung verschwinden zu lassen. Endgültig besiegelt ist sein Schicksal, wenn er tatsächlich bei der Antragskommission landen sollte.

Nach dieser Vorbereitung konnte die IGM-FÜhrung auf dem Gewerkschaftstag, ohne Widerstand fürchten zu müssen, gleich zur Sache kommen, nämlich weitere Voraussetzungen zu schaffen, um den IGM-Apparat noch direkter und reibungsloser gegen die Arbeiterklasse einsetzen zu können. **Dabei liegt der Schwerpunkt einerseits auf dem weiteren Verwachsen des DGB-Apparats mit dem imperialistischen Staatsapparat, andererseits in dem beschleunigten Abbau jeglicher Elemente innerorganisatorischer Demokratie.**

Wenn wir hier von „Abbau der innerorganisatorischen Demokratie" sprechen, dann wollen wir damit nicht sagen, daß der DGB einmal eine demokratische Organisation gewesen ist, deren Charakter von Mitgliederwillen bestimmt wurde und die inzwischen undemokratisch geworden ist. Vielmehr ist hier der Vergleich mit dem imperialistischen Staatsapparat angebracht, der nie etwas anderes war, als die Diktatur der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse, dessen Faschisierung die Bour-

Fortsetzung auf Seite 3

Zehntausende Bauern im Kampf gegen die Ruinierung

Am 16. September demonstrierten zehntausende Bauern in sechs EWG–Ländern gegen die Politik der Ausbeutung und Ausplünderung, die von den Regierungen der EG–Länder im Interessen der großen Monopole vorangetrieben wird. Gemeinsam blokkierten tausende Bauern die Grenzübergänge, wo für den Profit der Monopole und den Ruin der Bauern die Ex- und Importe der großen EG-Monopole hin– und hergeschoben werden. Sie brachten damit zum Ausdruck, daß sie in einer Front gegen die Regierung stehen.

Fortsetzung auf Seite 2



Mit großem Interesse lesen die demonstrierenden Bauern in Aachen das Extrablatt der Partei zu den Bauernkämpfen.

Weg mit der Isolationsfolter!

Seit dem 13.9.1974 befinden sich die politischen Gefangenen der RAF im Hungerstreik. Die bürgerliche Presse versucht, ihren Kampf totzuschweigen bzw. mit Greuelmärchen z.B. über Kaviar, den sie angeblich kiloweise gehortet haben, zu verleumden. Die Bourgeoisie spekuliert darauf, daß ihre Gefängnismauern dick genug, daß ihre Organe der öffentlichen Meinung rigide genug die Anweisungen der Staatsschutzabteilung in Bonn befolgen,daß die Wahrheit über den Kampf der politischen Gefangenen nicht zu den Werktätigen dringen kann.

Die politischen Gefangenen der RAF kämpfen mit ihrem dritten Hungerstreik gegen Haftbedingungen, die an Grausamkeit noch über das hinausgehen, was in den letzten Wochen aus dem Mannheimer Gefängnis bekanntgeworden ist. Sie kämpfen gegen Folterung durch totale Isolation, durch lebensbedrohende medizinische Eingriffe, durch barbarische Fesselungen und andere Mißhandlungen. **Sie kämpfen um ihr Leben gegen den imperialistischen Staat, der planmäßig die psychische und physische Liquidation der politischen Gefangenen betreibt.**

Die Bourgeoisie hat bereits bei dem letzten Hungerstreik der RAF-Gefangenen Genossen Baader das Trinkwasser entzogen. Trinkwasserentzug aber bedeutet qualvollen Tod innerhalb weniger Tage! Wenn die RAF-Gefangenen erklärt haben, daß sie ihren Hungerstreik nicht beenden werden, bis ihre Forderungen erfüllt werden, dann ist dieser Trinkwasserentzug nichts anderes als politischer Mord!

Dieser Kampf der RAF-Genossen, so mutig sie ihn auch führen, muß jedoch scheitern, wenn nicht eine breite Solidaritätsbewegung gegen diese faschistischen Methoden der politischen Unterdrückung organisiert wird.

Fortsetzung auf Seite 7

AUS DEM INHALT

30 000 Ermordete, 70 000 Inhaftierte

Ford: 'Im Interesse der Menschen in Chile'

Vor einem Jahr, kurz nach dem faschistischen Militärputsch in Chile, hatte Kissinger öffentlich lauthals verkündet: Der amerikanische Geheimdienst CIA habe nach seinem „besten Wissen und Gewissen" nichts mit dem Sturz der Allende-Regierung zu tun gehabt.

Heute, wo vor aller Welt offenbar ist, daß Kissinger gelogen hat, ja daß er sogar die entsprechenden Gremien des CIA für den Putsch in Chile persönlich angeleitet hat, da besitzt der neue Präsident Ford die Frechheit, die Unterstützung und Organisierung des Chile-Putsches als gute Tat im Namen der „Verteidigung der Freiheit und Demokratie" hinzustellen.

In seiner Stellungnahme betonte Ford, daß die Gelder, die über den CIA nach Chile geleitet wurden, für die Unterstützung der „oppositionellen Presse" in Chile gewesen seien. Das waren Blätter, die immer wieder zum Mord an Allende aufriefen und das Blut der kämpfenden chilenischen Arbeiterklasse forderten. Aber Ford versucht mit diesem halben Zugeständnis die ganze Wahrheit zu überspielen. Von den vielen Millionen Dollars, die über den CIA nach Chile kamen und dort schwarz auf dem Devisenmarkt für das vier- bis achtfache gewechselt wurden, wurde z.B. der gesamte Streik der Fuhrunternehmer bezahlt, die das Wirtschaftsleben Chiles lahmlegten mit dem Ziel, Chaos und Unruhe zu stiften, wurde die gesamte Reaktion finanziert, die den blutigen Putsch durchführte.

Tausendfach waren die Beziehungen zwischen den Agenten des US-Imperialismus und den chilenischen Reaktionären. Und es ist eine bekannte Tatsache, daß diese Verbindungen bewußt kurz vor dem Putsch aufgelöst wurden, bis auf das direkte Verbindungsbüro zu den Pinochet-Generälen, um sich hinterher reinwaschen zu können.

„Verteidigung der Demokratie", daß damit die Vertreter des amerikanischen Imperialismus heute noch hausieren mögen, nachdem 3 Jahre Watergate aller Welt die völlige Verlogenheit und Korruptheit das Gangstertum des parlamentarischen Systems, der gerühmten „Demokratie" des US-Imperialismus offenbart hat, ist eher noch die tragisch-komische Seite der Geschichte. **Aber wenn Ford im Namen der „Verteidigung der Freiheit" sich hinstellt und behauptet, das Massaker der chilenischen Generäle die 30 000 Ermordeten, die fast 60 000 in KZ's und Gefängnissen Inhaftierten – das alles sei „im besten Interesse der Menschen in Chile" gewesen, so ist das unverschämter Zynismus, der die ganze Menschenfeindlichkeit des Imperialismus zum Ausdruck bringt.**

„Verteidigung der Freiheit" durch den Imperialismus? Was das heißt, hat sich in Korea, in Indochina und vielen Ländern Lateinamerikas auf grausame Weise bestätigt: Freiheit für die finsterste Reaktion, um mit Konzentrationslagern, Folter und Mord den Befreiungskampf der Völker zu unterdrücken. **Die Namen Pak Jung Hi, Thieu, Tschiang Kai-schek und Pinochet, Aushängeschilder der „Freiheit und Demokratie" des US-Imperialismus, sie werden gehaßt von den Völkern der Welt als die Henkersknechte, als die kleinen und schmutzigen Handlanger des US-Imperialismus.**

Fords Versuche, die Aktivitäten des amerikanischen Geheimdienstes in Chile zu rechtfertigen, werden die Empörung in der Welt nicht dämpfen, sondern den Haß gegen das verlogene und verbrecherische System des Imperialismus steigern. Der Imperialismus kann heute keinen einzigen Schritt mehr tun, ohne die Massen gegen sich aufzubringen und seinem Untergang näher zu kommen.

"Amnestie für Vietnam-Deserteure"

Eine Provokation

Rund 30 000 junge Amerikaner haben während des Aggressionskrieges des USA-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk öffentlich ihre Einberufungsbescheide verbrannt, die Beteiligung am Völkermord verweigert, oder sind aus der Armee geflohen. Viele von ihnen mußten ins Exil gehen und leben dort schon z.T. seit sieben Jahren.

In Vietnam selbst haben hunderttausende von jungen Soldaten Widerstand gegen den Aggressionskrieg geleistet, Sabotage verübt und ihre Offiziere angegriffen. Sie sind dafür von den USA-Imperialisten vor Gericht gestellt und „unehrenhaft" aus der Armee ausgeschlossen worden.

Am 16. September hat nun US-Präsident Ford eine „Proklamation" verlesen, in der er eine Amnestie für die „Kriegsdienstverweigerer und Deserteure' ankündigt. **Diese Amnestie ist eine Verhöhnung des Kampfes des amerikanischen Volkes gegen die Verbrechen des USA-Imperialismus in Vietnam, ein provokatives Angebot.** Unverfroren bezeichnet Ford den Kampf gegen die Aggression des USA-Imperialismus als „schweres Vergehen". Gleichzeitig verlangt er, daß die Kriegsdienstverweigerer und Deserteure einen „Treue-Eid" auf die Vereinigten Staaten ablegen und sich damit verpflichten, dem USA-Imperialismus in Zukunft treu zu dienen. Mit dem „Treue-Eid" verlangt Ford die bedingungslose Kapitulation vor dem USA-Imperialismus. Darüberhinaus will Ford die antiimperialistischen Kämpfer einen Ersatzdienst in Schulen, Krankenhäusern und Altersheimen ableisten lassen, der bis zu zwei Jahren dauern soll, um, wie er sagt, „ihnen die Rückkehr in die amerikanische Gesellschaft zu erleichtern."

Auf dieses Angebot hat Ford bereits die gebührende Antwort erhalten. Die Kriegsdienstverweigerer in Kanada und Schweden erklärten, daß sie eine solche „Amnestie" ablehnen und nicht bereit sind, vor dem USA-Imperialismus zu kapitulieren.

Mit seinem „Amnestie"angebot verbindet Ford den Aufruf an alle Amerikaner, „die Wunden der Nation zu heilen". **„Die Wunden der Nation", das sind die Niederlagen, die das vietnamesische Volk in seinem Befreiungskampf dem USA-Imperialismus bereitet hat; es sind die Wunden, die die Völker der Welt und das amerikanische Volk dieser Supermacht geschlagen haben.** Das amerikanische Volk wird sich durch die Manöver Fords nicht täuschen lassen. Gemeinsam mit den Völkern der Welt wird es seinen Kampf gegen den USA-Imperialismus verstärken und ihm weitere Niederlagen bereiten.

Waffengerassel entlarvt Friedenslügen

Als Gromyko in Bonn Gespräche führte, wurde erneut erklärt, daß der „Weg der Entspannung" weiter gegangen werden soll. In der UZ heißt es sogar: „Entspannung läßt sich nicht aufhalten", Und DDR-Stoph lobt die KSZE-Konferenz in Genf: Sie könne ein Ausgangspunkt für den Beginn einer neuen Ära in der Geschichte Europas sein.

Einer Ära des Friedens? In den letzten Wochen fanden in Europa umfangreiche Kriegsmanöver der sowjetischen Sozialimperialisten und der NATO der US-Imperialisten statt, die auf alles andere schließen lassen.

In den Ländern des Warschauer Paktes wurden von den sowjetischen Sozialimperialisten mit großen Truppenverbänden Manöver durchgeführt. In Schleswig-Holstein zog die NATO 40 000 Mann bei dem Manöver „Bold Guard" zusammen. Im Maindreieck bei Würzburg schloß sich sofort das Manöver „Schneller Wechsel' an, bei dem 80 000 Soldaten, 13 000 Militärlastwagen und mehrere tausend Panzer im Einsatz waren. Gleichzeitig läuft das bisher größte Seemanöver der NATO im Atlantik, im Ärmelkanal, in Nord- und Ostsee, „Northern Merger", an dem acht NATO-Länder beteiligt sind mit 40 000 Soldaten und ungefähr 200 Kriegsschiffen.

All diese Manöver, in denen der Krieg zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion sowie ihren Blöcken NATO und Warschauer Pakt geübt wird, strafen das Entspannungsgerede in Moskau und Washington, in Bonn und Ostberlin Lügen. Lenin hat 1920 bereits zu den Friedenstiraden der Vertreter der imperialistischen Mächte gesagt: *„Trotz aller Erklärungen ihrer Minister über die friedliche Beilegung strittiger Fragen können die imperialistischen Mächte in Wirklichkeit keinen einzigen ernsten Schritt in politischen Fragen unternehmen, ohne daß Differenzen zwischen ihnen entstehen."*

So sind die Verhandlungen in Genf auf der Konferenz für „Sicherheit und Zusammenarbeit" während der bisherigen 1 300 Sitzungen keineswegs ein Zeichen „friedlicher Beilegung strittiger Fragen," sondern Ausdruck des Schachers beider Supermächte um ihre Machtpositionen in Europa gewesen. Stets waren diese Verhandlungen über „Sicherheit" begleitet vom Waffengerassel des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus, wie im Nahen Osten, wo sich beide in offener Konfrontation bedrohten, wie bei den Vorfällen um Zypern, wo beide Supermächte die Widersprüche verschärften, beide in dem Versuch, sich diese Insel unter den Nagel zu reißen und wo sich besonders die Sowjetunion bemühte, den NATO-Machtblock ihres Konkurrenten zu spalten.

Daß sich die Rivalität dieser beiden imperialistischen Supermächte verschärft und nicht entspannt, zeigen auch ihre Rüstungsanstrengungen. Der Jahresbericht des „Londoner Instituts für strategische Studien" stellt fest, daß das Rüstungstempo der beiden Supermächte USA und Sowjetunion sich weiter erhöht hat. Bei Abschluß der gegenwärtigen Rüstungsprogramme – so das Institut – werden die USA interkontinentale Raketen (ICBM) und U-Boot-Raketen (SLBM) mit insgesamt 9 000 einzeln dirigierbaren Atomsprengköpfen haben. Die Sowjetunion wird allein bei den IBCM's wahrscheinlich mehr als 7 000 auf separate Ziele einsetzbare Sprengköpfe im Megatonnenbereich haben.

Die verstärkten Manöver des Warschauer Paktes und der NATO sind nicht anders als die Rüstung ein fester Bestandteil der Vorbereitung der beiden Supermächte auf einen neuen imperialistischen Weltkrieg, in der beide eine Neuaufteilung der Welt unter sich erzwingen wollen. Sie sind eine Bedrohung für unser Volk und die Völker Europas, eine ernstahfte Warnung, den Kampf gegen die Kriegsbrandstifter zu verstärken.

Zehntausende Bauern im Kampf

Fortsetzung von Seite 1

Kein Land in Westeuropa, wo die kleinen und mittleren Bauern nicht betroffen sind. Der Zusammenschluß der Landwirtschaftsmonopole und Agrarbanken in der Europäischen Gemeinschaft, ihre gemeinsamen Maßnahmen zur Stabilisierung ihrer Profite, ihre ständigen Versuche, sich gegenseitig durch Unterbietung den Markt streitig zu machen, gehen durchweg auf Kosten der kleinen und mittleren Bauern dieser Länder: Knebelnde Lieferungsverträge, Hinaufjagen der Preise für Futter- und Düngemittel, für Landmaschinen, steigende Zinssätze für Kredite – all das hat bereits Millionen Bauern in den Ländern der EG gezwungen, ihre Existenz aufzugeben. **Arbeiteten 1950 noch 18,3 Millionen Menschen in der Landwirtschaft, sind es jetzt nur noch etwa 10 Millionen im EG-Raum. 1980 werden es laut Plänen des Agrarministerrates nur noch ungefähr 5 Millionen sein. Allein in Frankreich geht alle 12 Minuten ein Bauernhof pleite.**

Diese schwierige Lage und die düsteren Aussichten für die Zukunft haben die werktätigen Bauern dazu angetrieben, sich zu erheben und mit Demonstrationen und Protestaktionen den Kampf aufzunehmen. Einen Tag bevor sich der Agrarministerrat in Brüssel traf, um über neue Maßnahmen zu beraten, demonstrierten am 16. September am Grenzübergang Köpfchen 2000 belgische und deutsche Bauern und machten gemeinsam mit über 1000 Schleppern die Grenze dicht. Im Ems- und im Münsterland wares es die deutschen und holländischen Bauern, die die Grenze blockierten. Und im Norden wurde der Grenzübergang bei Pattborg/Harrislee von dänischen und deutschen Bauern für einige Stunden geschlossen.

Daß die Kämpfe der italienischen oder der französischen Bauern eine bereits größere Kampfstärke besitzen als die Bewegung der Klein- und Mittelbauern in Westdeutschland, ist darauf zurückzuführen, daß ihre Lage noch schwieriger als in Westdeutschland ist.

Ein wichtiger Hemmschuh in der Bauernbewegung in Westdeutschland sind vor allem die reaktionären Führer des Bauernverbandes, die Heeremann, Feury usw., die bei den Aktionen der Bauern immer noch die Führung innehaben. Mit den Interessen der kleinen und mittleren Bauern haben sie nicht das geringste zu tun. Aus der Schicht der Großagrarier und Großgrundbesitzer stammend, üben sie innerhalb der Bewegung der werktätigen Bauern den Einfluß des Großkapitals aus und bemühen sich nach Kräften, der Bewegung Kampfkraft und Entschlossenheit zu nehmen. Sie sind geschworene Antikommunisten, die versuchen, die Bauernbewegung in reaktionäres Fahrwasser zu leiten und sich dabei mit leeren Phrasen gegen die Regierung auch noch radikal zu geben.

Doch die Verärgerung der Bauern über die hohlen Appelle der Heeremann und Feury an die Regierung wird größer. So äußerten in Düsseldorf viele Bauern ihren Unmut über die Führung, als sie mit 1400 Traktoren durch die Stadt fuhren, aber von den Funktionären des Bauernverbandes immer wieder angewiesen wurden, den Verkehr nicht zu blokkieren. **Bei der Abschlußkundgebung, an der über 2000 Bauern teilnahmen, bekam der Redner vom Bauernverband nur einmal wirklichen Beifall: als er ankündigte, daß Kampfmaßnahmen eingeleitet würden, falls sich nichts ändern werde. Nicht daß die Bauern diesem Versprechen großen Glauben schenkten – ihr Beifall war vielmehr Ausdruck der Entschlossenheit, wirklich zu kämpfen.**

Viele Bauern sind der Meinung, daß man zwar eine Organisation brauche, daß aber Heeremann und Konsorten doch nur das große Geld einstecken würden. Ein Bauer in Schleswig - Holstein: "Heeremann marschiert bei den Demonstrationen doch nur in der ersten Reihe, damit ihn auch alle im Fernsehen sehen können."

Was sich bei den Aktionen am 16. September gezeigt hat, ist, daß die meisten werktätigen Bauern - entgegen der Lügen der bürgerlichen und revisionistischen Presse - durchaus daran interessiert sind, was die Kommunisten ihnen zu sagen haben, welchen Ausweg ihnen die Partei weist. Es waren jeweils nur einige wenige, die mit faschistischen Tiraden gegen die Partei hetzten, das Extrablatt des ROTEN MORGEN zerrissen oder verbrannten und nach der Presse riefen, damit am nächsten Tag dort zu lesen steht: "Kommunisten wurden von Bauern verjagt." Genossen, die das Extrablatt zur Lage der Bauern verteilten, wurden immer wieder von Bauern angesprochen auf die Unterdrückung und Ausbeutung der Bauern in der DDR. "Ist das denn nun Sozialismus? " Die Genossen erklärten ihnen, daß dort heute wieder eine neue Bourgeoisie an der Macht ist. Groß war auch das Interesse der Bauern, etwas über das Leben der Bauern im sozialistischen Albanien und China zu hören. Auch hier gibt es zwar noch viele Unklarheiten, aber auch ein großes Wissensbedürfnis.

Der von den Bauern angekündigte "heiße Herbst" hat erst begonnen. Die weitere Entwicklung ihrer Bewegung wird nicht nur in die Breite gehen, sondern sich auch immer schärfer gegen die Monopole und ihre Regierung in Bonn richten. Zukunft in dieser Bewegung wird nicht der reaktionäre Einfluß der Heeremann und Feury haben, sondern der Einfluß der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag Gernot Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 - 466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Dortmund. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig, Abonnement: 25 DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

11. Gewerkschaftstag der IG Metall
Verschärfter Kurs gegen die Arbeiterklasse

Fortsetzung von Seite 1

geoisie aber angesichts der Verschärfung der Klassenkämpfe beschleunigt vorantreibt, um ihren Herrschaftsapparat verstärkt und widerspruchsloser gegen die kämpfenden Werktätigen einsetzen zu können. **So ist auch der weitere Abbau der „innerorganisatorischen Demokratie' nur die Reaktion des Apparats auf den von ihm vielbejammerten „Druck der Basis", hinter dem sich in Wirklichkeit nichts anderes verbirgt, als die Tatsache, daß immer breitere Teile der Arbeiterklasse erkennen, daß Erfolge, sei es im Kampf für Tagesinteressen, sei es im Kampf für den Sozialismus, nur im revolutionären Klassenkampf errungen werden können und nicht in der mehr oder weniger offenen Zusammenarbeit mit den Kapitalisten.** Der weitere Abbau der „innerorganisatorischen Demokratie" ist es also die Reaktion des Apparats auf die voranschreitende Revolutionierung der Arbeiterklasse.

Dagegen gibt es eine ganze Reihe von Organisationen, die sich sogar „kommunistisch" nennen, die genau einen umgekehrten Zusammenhang behaupten. Sie versuchen, in der Arbeiterklasse die Illusion zu verbreiten, je mehr Druck und Widerstand von der Basis ausgehe, umso mehr Demokratie könne im DGB durchgesetzt werden, schließlich könne man sogar den DGB zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse machen, indem man einfach die reaktionären Führer abwählt. Seit dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall ist der Widerstand unter den Mitgliedern gegen den Apparat gewachsen, mehr Kollegen sind vom Einfluß des Marxismus-Leninismus ergriffen worden und haben den Weg des revolutionären Klassenkampfes beschritten. Folglich müßte dieser Gewerkschaftstag erkennen lassen, daß zumindest kleine Verbesserungen der Bedingungen zur Eroberung der IGM erkämpft werden konnten. **Die Tatsachen sprechen eine andere Srpache.** Schauen wir uns an, was mit einigen Anträgen passiert ist, die von den „DGB-Eroberern" stets als „wesentliche Nahziele" genannt worden sind.

Der Antrag, die Bezirksleiter wählen zu lassen, erntete schon vor Beginn des Gewerkschaftstages von Vorstandsseite nicht mehr als ein geringschätziges Lächeln. Selbstverständlich werden die Bezirksleiter auch in Zukunft vom Vorstand angestellt.

Eine richtige Forderung, die in mehreren Anträgen aufgestellt worden ist, ist die nach dem Wegfall der 75%-Klausel, nach der mindestens 75% bei der Urabstimmung für den Streik sein müssen. Auch diese Bestimmung ist sogar noch verschärft worden. Jetzt heißt es in der Satzung nicht mehr 75% der an der Bewegung **beteiligten**, sondern 75% der für die Bewegung **in Betracht kommenden.**

Ein weiterer wichtiger Punkt in der „Eroberungstaktik" war stets die Stellung der Vertrauensleute, denen die Aufgabe zufallen sollte, den Willen der Mitglieder verstärkt in die Organisation zu tragen. **Der DGB-Apparat hat dagegen nie einen Zweifel daran gelassen, daß er die Aufgabe der Vertrauensleute eher darin sieht, den Willen des Apparats in den Betrieben durchzusetzen.** So hieß es bereits bislang in der IGM-Satzung, daß die Vertrauensleutekörper nach den Richtlinien des Vorstandes zu bilden seien. Seit 1972 aber hatte sich die Lage für den IGM-Apparat zugespitzt: In einer ganzen Reihe von Betrieben wählten die Kollegen Kommunisten zu Vertrauensleuten. Wie bei Hoesch und Opel/Bochum konnten die IGM-Bonzen die Wahl revolutionärer Vertrauensleute oft nur verhindern, indem sie die betreffenden Genossen bei der Geschäftsleitung denunzierten, ihren Rausschmiß betrieben, sich vor den Kollegon dadurch aber gleichzeitig offen als Handlanger der Kapitalisten entlarvten.

Darum ließ der IGM-Vorstand jetzt eine entsprechende Satzungsänderung (§22 Ziffer 4b) verabschieden, nach der die Ortsverwaltungen verpflichtet sind, ein der „Verwirklichung der Aufgaben und Ziele" der IGM und den „Richtlinien des Vorstandes" entsprechendes „Tätigwerden" der Vertrauensleute „sicherzustellen". Was nach Ansicht des IGM-Apparats der „Verwirklichung der Aufgaben und Ziele der IGM" **nicht** dient, hat die bisherige Praxis der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in aller Deutlichkeit klargemacht: Revolutionäre Gewerkschaftsarbeit, konsequentes Eintreten für die Interessen der Kollegen, Entlarvung des arbeiterfeindlichen Apparats, Zusammenschluß der Kollegen gegen die Bonzen — das alles dient nicht den Aufgaben und Zielen des DGB als Kampforganisation des Kapitals gegen die Arbeiterklasse.

Entsprechend hat der IGM-Vorstand besondere Mühe darauf verwandt, den §30 Ziffer 2 der Satzung zu verschärfen, der den Ausschluß ohne Untersuchungsverfahren' betrifft. Mußte bislang die **Zugehörigkeit** zu einer „gegnerischen Organisation' nachgewiesen werden, so reicht nun die **Unterstützung** einer Organisation, die der IGM-Apparat zur gegnerischen erklärt hat. Ausdrücklich wird festgehalten, daß der Ausschluß durch den Vorstand ohne Untersuchungsverfahren erfolgt. War es bislang so, daß sich die Mitglieder, gegen die ein Ausschluß beantragt wurde, an die Kollegen wenden konnten, um dem Terror des Apparats gegen kommunistische und andere klassenkämpferische Kollegen die Solidarität der Mitglieder entgegenzustellen, so heißt es jetzt in der Satzung: „Während des Untersuchungsverfahrens haben die Beteiligten jede öffentliche Erörterung über das Verfahren zu unterlassen." **Vor allem will der Apparat damit verhindern, daß die politischen Fragen, derentwegen der Ausschlußantrag erfolgte, unter den Kollegen diskutiert werden. Sie wollen verhindern, daß Klarheit in der Arbeiterklasse entsteht, daß der DGB-Apparat vor allem in den kommunistische Kollegen und ihrer Partei, der KPD/ML, seinen Hauptfeind sieht.**

Gleichzeitig wurde in der Presse aufgrund entsprechender Erklärungen von Vorstandsmitgliedern immer wieder herausgestellt, welch positive Rolle die D'K'P im DGB spielt, daß sie von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen ausdrücklich ausgenommen worden sei usw. Dieser Dank des Apparats kommt nicht von ungefähr. Die D'K'P-Revisionisten, die sich sonst gern mit dem Glorienschein des „Superdemokraten" umgeben, haben im Kampf gegen die Marxisten-Leninisten längst ihr sozialfaschistisches Wesen gezeigt. So nimmt es auch nicht Wunder daß sie an vielen Orten die Initiative zu Ausschlüssen kommunistischer Kollegen ergriffen haben und auch für die Unvereinbarkeitsbeschlüsse eingetreten sind. Gleichzeitig sind sie es, die in den verschärften Klassenauseinandersetzungen dem DGB-Apparat die Stange halten, sich mit dem Ruf „Nicht ohne den DGB" der Arbeiterklasse, die zum selbständigen Kampf drängt, in den Weg stellen.

Die modernen Revisionisten haben sich nicht nur als Todfeinde des Kommunismus, besonders unserer Partei, hervorgetan, ihr gewachsener Einfluß im IGM-Apparat, der in den Anträgen und auf dem Gewerkschaftstag selbst deutlich wurde, erhärtet generell die von unserer Partei stets geäußerte Ansicht, daß der moderne Revisionismus gegenwärtig der Hauptfeind in der Arbeiterbewegung ist. Eine ganze Reihe der Anträge verrät die revisionistische Handschrift. Sie versuchen einerseits, der IGM einen fortschrittlichen Charakter zu geben, darum Anträge zur Verurteilung des Faschismus in Chile und Spanien, die Forderung nach dem Auszug aus der „konzertierten Aktion".

Vor allem aber verbreiten die Revisionisten in ihren Anträgen Illusionen über den imperialistischen Staat, stellen ihn als klassenneutralen Schutzwall gegen die Macht der Monopole hin. Darum fordern sie die Verstaatlichung der Banken und Schlüsselindustrien. Darum ihre bekannte Forderung an den imperialistischen Staat, die Rüstungsausgaben doch zu senken, das Geld für die Bildung, für den Bau von Schulen und Krankenhäusern zu verwenden. Indem sie den imperialistischen Staat, der die Diktatur der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse ist, als mögliches Instrument zum Nutzen der Werktätigen hinstellen, wollen sie generell natürlich ihre Ideologie des friedlichen Übergangs zum Sozialismus verbreiten, um die Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat abzuhalten, um von der Tatsache abzulenken, daß der Weg zur sozialen Befreiung der Werktätigen nur über die gewaltsame Zerschlagung des imperialistischen Staates in der proletarischen Revolution führt.

Gleichzeitig verfolgen sie damit aktuell das Ziel, die von den Kapitalisten und der DGB-Führung vorangetriebene Verflechtung des DGB-Apparats mit dem imperialistischen Staatsapparat zu unterstützen. Ausdruck dieser weiteren Einbeziehung des DGB-Apparats in den Staatsapparat ist die von Loderer geforderte Beteiligung des DGB an Gremien, die zwar formal nicht direkt als zum Staatsapparat gehörend erscheinen, sondern als „neutrale Kontroll- und Schlichtungsinstanzen" nach dem Muster Arbeitsgerichte organisiert sind, die in Wirklichkeit aber wichtige Funktionen des monopolkapitalistischen Staates, der im Auftrag der Monopole direkt in die Wirtschaftsprozesse eingreift, erfüllen. So forderte die IGM-Führung auf dem Gewerkschaftstag die Ausweitung der Befugnisse des Kartellamtes unter Beteiligung und Kontrolle des DGB-Apparates, den Aufbau eines nationalen Energiekonzerns, Gremien zur „Steuerung und Leitung der Investitionen". Loderer sprach von der Ausweitung der Mitbestimmung zur „gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung", von „Sozial- und Wirtschaftsräten", wodurch offensichtlich weitere Schritte zur Einbeziehung des DGB-Apparats in den Bonner Staatsapparat skizziert werden sollen.

So wird der DGB immer stärker an der direkten Durchführung und Vollstreckung der Gesetze des Kapitalistenstaates beteiligt, was im Bereich des Arbeitsrechts durch die Arbeitsgerichte, Betriebsverfassung, Schlichtungswesen und Mitbestimmung schon weitgehend realisiert ist. Loderer und Bundeskanzler Schmidt erhoben auf dem IGM-Tag ein großes Geschrei gegen das Gerede vom „Gewerkschaftsstaat". Natürlich ist die Behauptung, daß der DGB Schritt für Schritt die Macht im Staat übernimmt, absurd. Tatsächlich aber ist der imperialistische DGB-Apparat bereits stark mit dem Staatsapparat verflochten und in der Tendenz wird er immer mehr zu einem Teil des Kapitalistenstaates.

Dieser Prozeß ist ein Teil der allgemeinen Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates; Schon heute ist praktisch jeder Streik, der nicht vom DGB geführt wird, verboten. Mit Unterstützung der D'K'P-Revisionisten erklärt die Bourgeoisie, daß nur der DGB befugt ist, „Arbeiterinteressen zu vertreten". In dem Maße, in dem der DGB mit dem imperialistischen Staatsapparat verflochten ist, wird jede Kampfaktion der Arbeiterklasse zur kriminellen Handlung erklärt werden, weil im Staat selbst über den DGB ja die Interessen der Arbeitnehmer angeblich gewahrt seien. Das läuft auf die faschistische Volksgemeinschaftsideologie hinaus, wie sie beispielsweise in der Hitlerischen Arbeitsfront ihren Ausdruck fand.

Dieser 11. IGM-Gewerkschaftstag hat erneut gezeigt, daß der DGB-Apparat ein Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse gegen die Werktätigen ist. Wie der imperialistische Staatsapparat gegen den Aufschwung der Kämpfe der Arbeiterklasse und dem wachsenden Einfluß des Kommunismus die Faschisierung vorantreibt, so verschärft auch der DGB-Apparat die politische Unterdrückung der Mitglieder. Der DGB-Apparat ist nicht zu erobern, ist nicht auf dem Weg demokratischer Reformen durch die Abwahl einiger Führer zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse zu machen.

Wir müssen um jede Mitgliedschaft, um jede Position im DGB-Apparat kämpfen. Wir brauchen revolutionäre Vertrauensleute, Betriebsräte, Jugendvertreter, aber nicht, um den „langen Marsch durch den Apparat" anzutreten, sondern um den Zusammenschluß der Kollegen in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition voranzutreiben. Diese von unserer Partei ausgegebene Taktik hat den DGB-Apparat tief getroffen. Nicht umsonst „untermauerte' Loderer seine Forderung nach verstärktem Kampf gegen die Kommunisten, vor allem mit Zitaten aus dem Roten Morgen. Im Kampf für den revolutionären Zusammenschluß der Kollegen, für den Aufbau der RGO müssen in den kommenden Tarifbewegungen Fortschritte erzielt werden.

Thyssen/Duisburg
Angst vor der Solidarität der Arbeiter

Vor wenigen Wochen wurden zwei Jungwerker vom Thyssenwerk Hüttenheim in Duisburg aufs Personalbüro geholt. Anwesend waren der Personalchef, eine Betriebsrätin und der Vertrauensleutevertreter. Die beiden wurden gefragt, ob sie eine Unterschriftenaktion für die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" unterstützt hätten. Auf ihre Fragen hin mußte der Personalchef zugeben, daß der Jugendvertreter Erol sie denunziert hatte. Er versuchtei ihnen gleichzeitig in den Mund zu legen, daß Genossin Anna S. diese Aktion initiiert habe. Nachdem er ihnen versichert hatte, daß damit micht die Entlassung der Genossin betrieben werden solle, luchsten Personalchef und Betriebsrat ihnen gemeinsam die Unterschrift unter eine entsprechende Erklärung ab. (Diese Erklärung haben die beiden inzwischen widerrrufen).

Dies ist nur eines der Beispiele dafür, mit wieviel Hinterlist und Tücke Betriebsrat und Geschäftsleitung gemeinsam versuchten, einen Entlassungsgrund gegen die Genossin Anna S., kommunistische Kranführerin in diesem Werk, zu finden. Bereits vor einigen Monaten hatte die Genossin einen Verweis bekommen, als am Betrieb über hundert Unterschriften gegen ihren Gewerkschaftsausschluß gesammelt wurden. Nur mit üblen Tricks konnte der Betriebsrat verhindern, daß die Jungwerker die Genossin zu ihrer Jugendvertreterin wählten.

Mitte August schließlich glaubten sie, genug Material gesammelt zu haben. Die Genossin erhielt ihre Entlassung. Ihr wurde Werksverbot erteilt. Die Partei antwortete mit einem Flugblatt, das die Kollegen zum Kampf gegen die Entlassung aufrief. Der Betriebsrat war an diesem Tag extra früh erschienen. Er holte die Polizei und versuchte mit allen Mitteln, sie dazu zu bringen, die Genossin, die dort verteilte, festzunehmen.

Die Genossin selbst ging an diesem Tag wie gewohnt mittags zu ihrem Kran. Als Meister und Betriebsleiter sie herauswerfen wollten, lief sie durch die verschiedenen Abteilungen und informierte ihre Kollegen. Auf Grund des Vertrauens, das sie sich erworben hatte, war die Empörung groß. Mehrere Kollegen erklärten sogar ihre Bereitschaft zum Streik. Inzwischen waren auch die Betriebsräte vollzählig erschienen. Sie versuchten, das mutige Auftreten der Genossin vor den Kollegen zu verunglimpfen: „Das hat die Anna doch als Parteiafutrag, daß sie hier auftreten und sich von der Polizei abführen lassen muß, damit sie wieder eine Geschichte für ihr Blatt haben." Solche Hetze verfing allerdings wenig. Sogar aus anderen Abteilungen kamen Kollegen und machten ihrer Empödung über das Vorgehen der Betriesbräte gegen ihre Kollegin Luft. Fast alle machten sich lustig darüber, daß sie nun, solange nach der Wahl, die Betreisbräte zum ersten Mal im Betrieb sahen. Fast 30 Mann stark war jetzt die Versammlung von Betriebsräten, Betriebsleitern und Werkschutzleuten. Aber trotz mehrmaliger Ankündigung durch den Chef traute sich der Werkschutz nicht, die Genossin an die vor dem Tor wartende Polizei auszuliefern.

Im Schutz der Kollegen, die deutlich spürten, wie die Herren in die Defensive gedrängt waren, blieb die Genossin bis zum Schichtende im Betrieb.

Ihretwegen machte sogar der Betriebsleiter Überstunden, statt wie gewohnt um 16 Uhr zu gehen, blieb er bis 22.30 Uhr. Als ein Kollege ihn fragte, was er so spät hier noch wolle, meinte er: *„Ja, wenns hier losgeht, wenns hier losgeht."* Der Kollege: *„Was soll denn losgehen?"* *„Ja, wegen der Anna."* Auch einige seltsame „Kollegen" in Arbeitskitteln, aber mit ganz sauberer Kleidung darunter klebten der Genossin ständig an den Versen — Werkschutzbeamte. Die Kollegen spotteten ganz offen: *„Da hinten kommt ja wieder unsere Gestapo an."*

Durch diese offensichtliche Nervosität des Klassenfeindes wurde die Kampfkraft der Kollegen gestärkt und ihr Interesse an der Politik der Partei wuchs. Die Genossin berichtet: *„Ich habe auf dieser Schicht über meinen Besuch in Albanien berichtet und viele Gespräche über den Sozialismus geführt. Ein Kollege kam zu mir und meinte: ‚Heute sind die noch am längeren Hebel und können dich entlassen. Aber es dauert nicht mehr lange und dann sind wir an der Macht.' Ein anderer erzählte, wie sie an der Beize für mehr Lohn gestreikt hatten und dann durch einen weiteren Streik ihren Streikführer, der entlassen werden sollte, herausgehauen hatten."*

Trotz verschärfter Kontrollen der Autos erschien die Genossin auch am nächsten Tag wieder im Betrieb und blieb wieder dort bis zum Ende der Schicht. Als sie am Tag darauf vor dem Betrieb Flugblätter verteilte und den ROTEN MORGEN verkaufte, erschien die Polizei. Sie nahm einem Kollegen den ROTEN MORGEN ab, den er gerade gekauft hatte und verlangte seine Personalien. Die Genossin selbst wurde festgenommen. Die Polizisten drohten ihr, wenn sie noch einmal vor dem Betrieb stehen würde, dann habe man auch ein „Dauerzimmer" für sie.

Aber mit solchem Terror kann die Bourgeoisie die Entwicklung der letzten Tage nicht rückgängig machen. Die Kollegen haben diese Tage alle als Sieg empfunden. Sie haben ihre Feinde besser kennengelernt. Von der Geschäftsleitung über Polizei, Betriebsrat bis hin zur D'K'P, deren Vertreter im Betriebsrat ebenfalls deutlich auf der anderen Seite der Barrikade stand. Sie haben gesehen, daß es richtig ist, unversöhnlich zu kämpfen und vor den Bossen und ihren Handlangern keinen Zentimeter zurückzuweichen und neues Vertrauen in die KPD/ML gewonnen.

Revisionistisches

DDR: Landflucht wie im Kapitalismus

KORRESPONDENZ:

In Brook, einem kleinen Dorf bei Segeberg, trafen wir einen Bauern, der zusammen mit sieben anderen eine LPG in der DDR besucht hatte. Er meinte:

„Der Betriebsleiter der LPG fing gleich damit an: ‚Anders als in der Bundesrepublik hat hier jeder Bauer geregelte Arbeitszeit und einen festen garantierten Lohn'. Das klingt ja ganz schön, dachte ich. Aber als ich fragte: ‚Warum stehen denn auf Ihrer Koppel soviele Reitpferde?', antwortete mir der Betriebsleiter: ‚Was meinen Sie denn, wie wir unsere Arbeitskräfte bekommen sollen, wir müssen ihnen schließlich was bieten, sonst laufen uns auch noch die letzten davon.' Das muß ja ein schöner ‚Sozialismus' sein, wo keiner auf dem Land arbeiten mag!"

Das Erlebnis des Bauern bestätigt, daß die neue Bourgeoisie in den revisionistischen Ländern mit kapitalistischen Anreizen versucht, die Arbeiter auf dem Land zu halten. Sie sehen sich dazu gezwungen, weil im übrigen die Entwicklung der Landwirtschaft, das Wohlergehen der Werktätigen auf dem Lande völlig vernachlässigt wird, während sich die neue Bourgeoisie in den Städten Komfort und Luxus leistet.

D„K"P – blind vor Haß gegen die VR China

In einer Stellungnahme des Präsidiums der D„K"P zum Besuch Kohls in der Volksrepublik China heißt es: *„Gemeinsam leugneten sie"* (gemeint sind CDU-Kohl und die Volksrepublik China) *„die Realitäten in Europa, vor allem die Existenz von zwei souveränen deutschen Staaten, die in den Verträgen der BRD mit den sozialistischen Ländern und im Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR völkerrechtlich verankert sind."*

Die modernen Revisionisten der D„K"P sind vor lauter Haß gegen das sozialistische China geradezu blind geworden.

Erstens hat die VR China niemals die Existenz zweier deutscher Staaten geleugnet. Lange bevor irgendwelche Verträge zwischen der DDR und der DBR verfaßt wurden, hat die VR China bereits diplomatische Beziehungen zur DDR gehabt und hält sie auch heute aufrecht.

Zweitens waren es gerade die von den Revisionisten „sozialistisch" genannten Länder, nämlich die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, Polen und die DDR, die auf eine wirkliche völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch Westdeutschland für einige Milliardenkredite aus Bonn verzichtet haben.

Drittens hat die VR China betont, was aber vor allem auch die DDR vor ihrer revisionistischen Entartung, was die alte revolutionäre KPD, was heute die KPD/ML hervorhebt: Es gibt zwar zwei deutsche Staaten, aber nur eine deutsche Nation! Die Revisionisten leugnen das heute und haben den Kampf für die Einheit der Nation wie eine heiße Kartoffel fallen lassen. Unser Volk jedoch wünscht die Einheit der Nation. Aber weder unter Honecker und sowjetischem Militärstiefel noch unter der Herrschaft der westdeutschen Imperialisten. Eine Wiedervereinigung Deutschlands wird es geben, wenn die ausländischen Truppen aus Westdeutschland vertrieben, die westdeutschen Imperialisten gestürzt, wenn in der DDR die neuen Kremlzaren verjagt und die revisionistische Bourgeoisie der Honecker und Co in der proletarischen Revolution besiegt worden sind.

Für ein vereinigtes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Meningitis-Epedemie im Emsland: Hauptanliegen der Behörden

Vertuschen statt heilen

Freitag, 20.9.74 abends in Haselünne, einem kleineren Ort bei Meppen im Emsland. In einem kleinen Imbißlokal unterhalten sich zwei Lehrlinge und eine Schülerin. Das Mädchen ist still. Sie fühlt sich nicht wohl und will nach Hause. Einer der Lehrlinge begleitet sie. Als er zurückkommt, sagt er: „Jetzt hat es sie auch erwischt, sie ist draußen umgefallen, übel war ihr auch. Das ist diese verdammte Krankheit." Von seiner Berufsschulklasse sind augenblicklich 10 Schüler erkrankt. Die Hausärzte haben Grippe diagnostiziert. Es wurden keine besonderen Maßnahmen ergriffen.

„Diese verdammte Krankheit," von der der Lehrling spricht, ist eine Virus-Meninigitis (Gehirnhautentzündung.) Seit Anfang Juli wütet diese Krankheit, deren Symtome: sich teilweise mit der Grippe decken, im Emsland zwischen Leer und Nordhorn/Lingen. Die Zahl der Erkrankungen wird von den Gesundheitsbehörden für Juli mit 85, August mit 155 und für die erste Septemberwoche mit 55 angegeben. Dabei sind nur solche Krankheitsfälle aufgeführt, bei denen ein Krankenhausaufenthalt unumgänglich war. Warum die Krankheit sich zu einer Epedemie auswuchs, die sich sogar in drei Monaten immer weiter ausbreitete, ist unschwer festzustellen, wenn man sich die Maßnahmen der Gesundheitsbehörden ansieht: Von **Anfang an war das Hauptprinzip „Vertuschen statt Heilen!"**

Von allen Seiten wurde immer wieder betont, daß die Virus-Meninigitis mit der gefährlichen Meninigitis, die in Brasilien schon hunderte von Todesopfern gefordert hat, nichts zu tun habe. Während die Behörden mit solchen „Beruhigungspillen" schnell bei der Hand waren, sind sie bis heute nicht in der Lage zu sagen, welcher Virus die im Emsland aufgetretene Meninigitis hervorruft. Impfen ist also nicht möglich. Die Gefahren der im Emsland aufgetretenen Meninigitis dagegen wurden unter den Tisch gewischt. Tatsache ist aber, daß auch bei dieser Art der Meninigitis unter bestimmten Umständen Hirnschäden und der Tod eintreten können. Um welche Art der Meninigitis es sich aber handelt, kann sicher erst nach 6 – 10 Wochen gesagt werden. Das bedeutet, man muß bei der Behandlung, will man nicht leichtfertig das Leben des Patienten und der Menschen, mit denen er zusammengekommen ist, aufs Spiel setzen, immer von der gefährlicheren Möglichkeit ausgehen. Im Ludmillenstift in Meppen werden aber nach Auskunft der behandelnden Ärztin erkrankte Kinder erst dann aufgenommen, wenn sie stark erbrechen müssen. **Die Gesundheitsbehörde interessiert also nicht der bestmögliche Schutz der Bevölkerung vor der Krankheit, sondern allein möglichst geringe Kosten für den kapitalistischen Staat.**

So ist auch das einzige, was an vorbeugenden Maßnahmen bisher passiert ist, die chaotische zeitweise Schließung von Kindergärten und Schulen. Nach welchen Gesichtspunkten dabei vorgegangen wurde, zeigen folgende Sätze aus der Lokalpresse: „Dr. Ottow, stellvertretender Amtsarzt vom Gesundheitsamt in Meppen: ‚Vor allem im Haselünner Raum, herrscht gegenwärtig eine panische Beunruhigung. Dazu besteht absolut kein Grund. Hier sind nur wenige Fälle von Hirnhautentzündung aufgetreten, so daß wir bis heute keinen Grund sehen, Schulen und Kindergärten zu schließen." – „Das Staatliche Gesundheitsamt weist darauf hin, daß alle Kinder zur Schule bzw. zum Kindergarten geschickt werden sollen, die nicht erkrankt sind, da ansonsten ‚sehr schnell ein falsches Bild von der augenblicklichen Situation entstehen könnte."

Es ist offensichtlich, daß mit solchen „Maßnahmen" der Epedemie nicht entgegengetreten, sondern ihre Ausbreitung sogar unterstützt wird. Wenn die Kinder sich dann in den Schulen und Kindergärten, in die sie vom Gesundheitsamt geschickt werden, die Krankheit geholt haben, dann wird ihren Eltern mit kaum zu überbietendem Zynismus auch noch die Schuld in die Schuhe geschoben. In der gleichen Zeitung heißt es mit drohendem Unterton: „Den Eltern wird zum wiederholten Male empfohlen, die Körperpflege zu intensivieren (vor allem vor jeder Mahlzeit die Hände waschen)"

Gegenwärtig herrscht – jedenfalls im Raum Meppen – eine beträchtliche Angst vor der Seuche. Aber es ist den Behörden nicht gelungen, die Verantwortung des kapitalistischen Gesundheitssystems in einer allgemeinen Panik untergehen zu lassen. Viele Lehrer und Eltern sind empört, daß man die Schulen und die anderen städtischen Einrichtungen nicht konsequent schließt, bis die Seuche tatsächlich eingedämmt ist. Vielen zeigt sich hier deutlich die Verachtung des bundesdeutschen Gesundheitssystems gegenüber der Gesundheit und dem Leben der Werktätigen, die Weigerung und die Unfähigkeit des kapitalistischen Staates, den Massen des Volkes gute Lebensbedingungen zu gewährleisten.

Hamburger Senat entlässt kommunistischen Arzt

Am 11.9.74 wurde der Kommunist Reimer Hoffmann, Assistent in der Chirurgischen Ambulanz des Allgemeinen Krankenhauses Altona in Hamburg fristlos entlassen. Obwohl der Genosse gerade Nachtschicht hatte, wurde er gezwungen, seine Arbeit unverzüglich einzustellen, indem ihm gesagt wurde, seine ärztlichen Handlungen seien durch das Krankenhaus nicht mehr gedeckt. Die weitere Versorgung der Patienten auf der Unfallambulanz, wo der Genosse der erfahrenste Arzt neben dem Oberarzt ist, ist dem Hamburger Senat egal, wenn es darum geht, einen Kommunisten von den Kollegen zu trennen.



Das chinesische Gesundheitswesen dient den Werktätigen. Ärzte und Studenten bei der Untersuchung eines Patienten.

Schon seit einiger Zeit wächst die Unruhe im Allgemeinen Krankenhaus. Sie hat ihren Ursprung in der katastrophalen Überlastung des Personals. In allen Abteilungen, ob Wäschetausch, Diätküche oder Operationssaal, ist die Arbeitshetze dem Akkord vergleichbar. Aber obwohl Ärzte, Schwestern und Helfer unermüdlich arbeiten, werden die langen Wartezeiten für die Patienten nicht geringer, die oberflächliche Abfertigung der Kranken und Verletzten nicht besser, die Mißerfolge nicht weniger. Im Gegenteil verschlechtert sich die Situation. Ständig müssen Ärzte und Schwestern Patienten vertrösten, abwimmeln. Unter ihnen wächst die Empörung über die völlig unzureichende Versorgung der Patienten.

Von Genossen Hoffmann hörten die Kollegen, wie im sozialistischen China und Albanien, anders als bei uns, das Gesundheitswesen den Werktätigen dient. Viele lesen das Buch „Arzt in China", von Josua Horn, das Genosse Hoffmann übersetzt hat. Sie besuchen den Vortrag Josua Horns in Hamburg. Genosse Hoffmann erklärt ihnen gleichzeitig die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution, um den Sozialismus auch hier bei uns aufbauen zu können.

Anfang des Jahres entsteht aus der Empörung über die Zustimmung der ÖTV-Bonzen zum niedrigen Tarifabschluß von 11% eine gewerkschaftsoppositionelle Betriebsgruppe. Genosse Hoffmann kämpft in ihr gegen den reaktionären ÖTV-Apparat, aber auch gegen die opportunistische Politik des „Kommunistischen" Bundes Nord. **Er erhält die erste Verwarnung der Direktion. Die ÖTV leitet ein Ausschlußverfahren gegen ihn ein.** Mitte Juli findet eine Personalversammlung statt, auf der die Betriebsgruppe mit Unterstützung der anderen Kollegen entschlossen gegen die kapitalistischen Gesundheitsbehörden und die arbeiterfeindliche ÖTV-Führung kämpft. Der Krankenhausdirektor und zwei reaktionäre Vertrauensleute reissen Genossen Hoffmann das Mikrophon weg, als er darüberhinaus zum Kampf gegen die wachsende Faschisierung aufruft.

Jetzt, wo offensichtlich die Entlassung des Genossen vorbereitet wird, verstärkt der „K"B Nord seine Hetze gegen die KPD/ML in der Betriebsgruppe. Mit Abstimmungstricks gelingt es ihm schließlich, mit einer Stimme Mehrheit durchzusetzen, daß eine Distanzierung der Betriebsgruppe von der Partei im Krankenhaus verteilt wird. Reaktion des reaktionären V-Leuteobmanns: Dies sei ein äußerst positives Dokument...

Am 29.8. ist nach 6 Monaten wieder die erste Mitgliederversammlung der ÖTV. Trotz Urlaubszeit erscheinen etwa 80 Kollegen. Weil Genosse Hoffmann anwesend ist und einen offenen Brief zu seinem geplanten Gewerkschaftsausschluß verteilt, schließen die Bonzen die Sitzung. **Doch mehr als ein Drittel der Kollegen bleibt im Raum und diskutiert über dieses unverschämte Vorgehen.** Währenddessen wird in einem anderen Saal die Sitzung neu eröffnet. Diesmal unter Ordnerschutz und hinter verschlossenen Türen. **Zwei Wochen später wird** Genosse Hoffmann entlassen.

Die Empörung der Kollegen ist groß und einhellig. Spontan werden Unterschriften gesammelt. Genosse Hoffmann diskutiert mit ihnen, als er am nächsten Tag wieder auf der Station erscheint. Die Bourgeoisie hat in diesem Fall besonderen Grund, solche Diskussionen zu fürchten. Kurz bevor Genosse Hoffmann und der Lehrer Stephan Jensen, über dessen Entlassung wir bereits im ROTEN MORGEN berichtet haben, vom Hamburger Senat entlassen wurden, stritten sich in der Presse SPD und FDP um die Einstellung zweier D„K"P-Lehrer, durch den Senat. Als die Zeitungen den Rausschmiß der beiden Sympathisanten der KPD/ML berichteten, konnten sie gleichzeitig melden, daß die „Koalitionskrise entschärft" sei.

Die Tatsache, daß beinahe gleichzeitig die eine Partei, die sich kommunistisch nennt, bei der Bourgeoisie Unterstützung findet, die andere aber scharf bekämpft wird, wird mit dazu beitragen, daß die Kollegen erkennen, daß nur eine von ihnen, die KPD/ML, das Recht hat, sich kommunistische Partei zu nennen.

Vom Aufbau des Sozialismus

Höheres Nationaleinkommen in der VR Albanien

In den drei Jahrzehnten des sozialistischen Aufbaus wurde in Albanien ein zügiges, schwungvolles Wachstum des Sozialproduktes und des Nationaleinkommens geschaffen. Das Nationaleinkommen nahm mit einer jährlichen Zuwachsrate von 8 – 10% zu und wächst damit dreimal schneller als die Bevölkerung.

Das Nationaleinkommen ist heute elfmal größer als 1938. Im Verlauf des letzten Jahrzehnts (1960 – 1970) konnte Albanien, trotz der Schwierigkeiten, die durch die wilde imperialistisch-revisionistische Blokkade entstanden, die gesellschaftliche Produktion in sehr raschem Tempo steigern. Das Nationaleinkommen wuchs in dieser Zeitspanne mit einer jährlichen Zuwachsrate, die um 29% höher als der Weltdurchschnitt liegt und 56% höher als der Durchschnitt in Europa. In der Zeitspanne 1965 – 1970 wuchs das Nationaleinkommen durchschnittlich um 9,1% im Jahr. Es übertraf damit Jugoslawien, Griechenland, Bulgarien, Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei, Italien und andere. Wichtig ist die Tatsache, daß sich das Wachstumstempo des Nationaleinkommens in Albanien in sehr raschem Tempo steigert, zu einer Zeit, in der viele kapitalistische und revisionistische Länder einen Rückgang zu verzeichnen haben. In den Jahren des 5. Fünfjahrplanes wuchs das Nationaleinkommen in Albanien durchschnittlich um 9,5% gegenüber 9.1% im 4. Fünfjahrplan. Diese Zahlen drücken die rasche Entwicklung der erweiterten sozialistischen Reproduktion und das Wachstum der materiellen und finanziellen Bestände des Landes aus.

Das Nationaleinkommen wird im sozialistischen Sektor der Wirtschaft erzeugt. Ihr größter Teil wird durch die Industrie erwirtschaftet. Dies hängt mit den großen Veränderungen zusammen, die in den 30 Jahren des sozialistischen Aufbaus in der Wirtschaftsstruktur des Landes stattgefunden haben. Albanien ist nicht mehr das rückständige Land, das es vor der Befreiung war, sondern ein Agrar-Industrieland, das sich allmählich zu einem Industrie-Agrarland entwickelt.

In Albanien wurde das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln hergestellt. Das Volk ist an der Macht und es gibt keine Ausbeuterklassen, wie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern. Das Nationaleinkommen kommt den Werktätigen zugute. Es dient vor allem dazu, ein hohes Entwicklungstempo sowie die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes und die ständige Verbesserung des materiellen und kulturellen Niveaus der werktätigen Massen in der nahen und fernen Zukunft zu gewährleisten.

Das Wachstum des Akkumulationsfonds (Geld, das wieder in die Produktion geht, um die Wirtschaft auszubauen) zur Produktionssteigerung ist die Grundlage, auf der die zunehmenden Bedürfnisse des Volkes, heute und in der Zukunft, befriedigt werden. Der Akkumulationsfond ist im laufenden Fünfjahrplan etwa 75% größer als im vorigen Fünfjahrplan. Der Konsumtionsfond (Gelder für die Konsumgüter zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse) ist um 55% angestiegen. Er wuchs dreimal rascher als die Bevölkerung. Der Staat stellt große Mittel für die Befriedigung der allgemeinen Bedürfnisse der Gesellschaft bereit. Ende dieses Fünfjahrplanes, im Jahre 1975, werden die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung für Schulen, Kultur, Gesundheitswesen, Sozialversicherung und andere soziale Bedürfnisse der Werktätigen 60% höher liegen als 1960.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

FRAP: Komitees der Volkseinheit gegründet

Als vor einigen Wochen der Chef der faschistischen Diktatur in Spanien, der 82-jährige Franco, schwer erkrankte, stellte die herrschende Oligarchie, eine Handvoll Großgrundbesitzer und Aristokraten, offen Überlegungen an, wie die Diktatur am besten fortzuführen sei.

Aber während sie noch beraten, welche Lösung dem US-Imperialismus am gefälligsten sei, sind die besten Teile des spanischen Volkes unter der KPSp/ML und der FRAP (Revolutionäre, Antifaschistische und Patriotische Front) schon lange entschlossen, die ganze Oligarchie zu stürzen: „Ni Yankee, ni Franco ni rey – rebuplica popular y federative!" – Nicht Yankee, nicht Franko, nicht König – föderative Volksrepublik!

Vor 35 Jahren war es der spanischen Oligarchie Hand in Hand mit den Faschistentruppen Hitlers und Mussolinis gelungen, die spanische Republik niederzuschlagen und eine faschistische Diktatur zu errichten. Seit dieser Zeit hatte das Regime dem Volk niemals anderes zu bieten, als das schwere Joch der Unterdrückung und Ausbeutung durch die Oligarchie und vor allem durch die US-Monopole und andere, denen sich die Oligarchie verkauft hat: Schwerstarbeit von 12 bis 14 Stunden am Tag, dafür Hungerlöhne, die niemanden satt machen können, Ruinierung der Kleinbauern, Arbeitslosigkeit und Emigration. Mit jeder Art des staatlichen Terrors wurde der Wille des Volkes unterdrückt: die politischen Parteien sind abgeschafft, ihre Mitglieder werden verfolgt, eingekerkert oder ermordet. Gewerkschaften können ebenfalls nur im Untergrund bestehen. Streiks und Demonstrationen sind verboten. Durchgesetzt wird dies mit brutaler Gewalt von Polizei und Armee, von der Guardia Civil, der BPS (Politische Polizei), der bewaffneten Polizei (die „Grauen"), gemeinsam mit Spezialeinheiten sowie der eigentlichen Armee.

Ursprünglich sollte nach Franko diese Diktatur von dem „Hampelmann" Juan Carlos fortgesetzt werden, unterstützt vom „eisernen Kanzler" Carrero Blanco. **Aber die Hinrichtung des Mörders Carrero Blanco durch das Volk am 20. Dezember (er flog samt seinem Auto in die Luft), machte diesen Plan zunichte.** Aus diesem Grund wie auch wegen der starken antimonarchistischen Bewegung im Volk machte sich die Oligarchie nun andere Überlegungen: Zum Beispiel unter dem Grafen von Barcellona, Juan von Bourbon, eine „liberale' Monarchie auszurufen. Andere Pläne richteten sich auch auf Leute, die sich heute liberal geben und eine „Demokratisierung" vortäuschen konnten, wie der „Christdemokrat" Ruiz Gimendez, der Monarchist Calvo Serer oder der General Diez Alegria, ein bedingungsloser Anhänger des US-Imperialismus. Tatsächlich sind sie alle bis aufs engste mit der Franko-Diktatur verbunden, und z.T. auch Mitglieder der Regierung der Diktatur gewesen.

Unterstützung für ihre Pläne findet die faschistische Oligarchie bei den Revisionisten der „K"P Spaniens und ihrem Führer Santiago Carrillo. Er hat sich verbündet mit Kräften der Oligarchie wie Calvo Serer, mit monarchistischen Gruppierungen wie den „Karlisten" und den „Juanisten". Mit ihnen zusammen wirbt Carrillo für eine „demokratische Junta". Auch gibt es sogenannte „Sozialisten", die sich mit dem ehemaligen Erziehungsminister Gimenez und sogar mit dem Regierungschef Arias Navarro zu einer „Demokratischen Versammlung" zusammengetan haben.

Was die revisionistischen Verräter des Carrillo mit den „Sozialisten" verbindet, ist, daß sie sich mit Leuten aus den Kasten der Großgrundbesitzer und Aristokraten verbünden, denen Spanien eben diese 35 Jahre faschistische Diktatur verdankt. Das heißt im Grunde nicht anderes, als ein System, das inmitten einer ansteigenden mächtigen Volksbewegung mit dem Ertrinken kämpft, Rettungsringe zuzuwerfen.

Eine wirkliche Änderung, die Beseitigung der Diktatur kann nur erreicht werden, wenn die faschistische Oligarchie, die Spanien an den US-Imperialismus verkauft hat, davongejagt wird. Das ist der revolutionäre Standpunkt, um den die KPSp/ML und die FRAP das spanische Volk zusammenschließen. In diesem Zusammenschluß hat die FRAP jetzt einen wichtigen Schritt voran getan. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, **Komitees der Volkseinheit (Comites de Union Popular)** zu schaffen, in denen alle fortschrittlichen Menschen und alle Organisationen, die für die spanische Republik kämpfen, zusammengefaßt werden zu einem starken und breiten Strom gegen die herrschende Oligarchie. Diese Komitees der Volkseinheit kämpfen auf der Grundlage von drei Programmpunkten:

1. Gegen die Monarchie und alle Manöver, das Regime fortzusetzen, für die Republik und die nationale Unabhängigkeit.

2. Für die Befreiung der politischen Gefangenen und die Rückkehr der Verbannten.

3. Dem Volk muß das Wort erteilt werden.

Doch bedeutet das für die FRAP nicht, daß sie von ihrem bisherigen Standpunkt zurückweicht: Nach wie vor ist sie unbedingt der Ansicht, daß diese spanische Republik eine **Volksrepublik** auf föderativer Basis sein muß. Sie wird diesen Standpunkt in geduldiger Überzeugungsarbeit in die Komitees der Volkseinheit hineintragen. Gegenwärtig ist der Angelpunkt für die Einheit des Volkes jedoch der Kampf für die Republik überhaupt.

Daß durch diese Komitees die breiteste Front gegen die faschistische Diktatur geschaffen werden kann, ist ein großer Erfolg für die Einheit und Revolution des spanischen Volkes.

Ein zweiter, außerordentlich bedeutsamer Schritt ist es, daß die FRAP „in Ausnützung der Krisenlage der Diktatur und im Bewußtsein der politischen Bedeutsamkeit des gegenwärtigen Moments für diesen Herbst die Losung eines revolutionären Generalstreiks ausgegeben" hat. Dieser Generalstreik wird die feste Entschlossenheit des Volkes bekunden, eine Republik zu erkämpfen. Er wird eine deutliche und entschlossene Antwort des Volkes auf die Pläne zur Errichtung einer Monarchie oder jede andere „Lösung" geben, die hinter dem Rücken des spanischen Volkes ausgehandelt werden soll.

Unterstützen wir das spanische Volk in seinem Kampf mit der mächtigen Waffe der internationalen Solidarität!

Für eine Föderative Volksrepublik in Spanien!
Es lebe der Kampf des spanischen Volkes!
Es lebe die KPSp/ML! Es lebe die FRAP!

SAHARA

Das Volk kämpft für seine Unabhängigkeit

In einem Teil der Sahara, wo die spanischen Franco-Faschisten ihre letzte Afrikakolonie besetzt halten, kämpft das Volk für seine Unabhängigkeit, für den Abzug der spanischen Kolonialisten. Seit Jahren wird das kleine Land heftig unterdrückt, denn die spanischen Kolonialisten und mit ihnen die US-Imperialisten haben großes Interesse an diesem Stück Wüste: Es besitzt ein großes Phosphatlager. US-Monopole wie „International Minerals" und „Chemical Corporation of Amerika" plündern die Bodenschätze gemeinsam mit den spanischen Kolonialisten.

Um den entschlossenen Kampf des kleinen Volkes in der Sahara, das unter der Führung der Nationalen Befreiungsfront der Sahara (FLNS) gegen die Besatzer kämpft, zu ersticken, haben die spanischen Kolonialisten 55 000 Soldaten, 4 500 Agenten der Politischen Polizei und des spanischen Geheimdienstes dorthin entsandt. Weitere 35 000 Soldaten werden in Reserve auf den kanarischen Inseln bereit gehalten. Die Franco-Faschisten werden dabei vollauf vom US-Imperialismus unterstützt. Seit der Erneuerung des Vertrages über die US-Basis auf den kanarischen Inseln 1970 haben die US-Imperialisten den spanischen Kolonialisten Waffen und technisches Gerät speziell für den Kampf in der Wüste gegen die Partisanen der Nationalen Befreiungsfront geliefert.

Um das gewaltsame Vorgehen gegen das Volk wie Massendeportationen usw. zu vertuschen und sich als Förderer der Selbstbestimmung für die afrikanischen Länder aufzuspielen, schlugen die spanischen Kolonialisten ein Referendum über die Sahara vor. Doch die Befreiungsfront hat es entschieden abgelehnt, unter den Stiefeln und Bajonetten der Kolonialisten ein solches Referendum anzuerkennen – geschweige denn durchzuführen. Sie werden ihren bewaffneten Kampf fortführen bis zur Vertreibung der ausländischen Okkupanten.

PRESSEERKLÄRUNG DER FRAP

über das Verschwinden des patriotischen Guerilleros der Sahara, Batsir Sidi Mohamed, und über seine Folterung durch die frankistische Polizei.

„Die A.P.E.P. (Presseagentur Spanisches Volk) erreichte eine wichtige Information über die Verhaftung und Folterung und den wahrscheinlichen Mord eines der Führer der Nationalen Befreiungsfront der Sahara (FLNS). Es handelt sich um den kommunistischen Guerillero BATSIR SIDI MOHAMED, in Agypten graduierter Rechtsanwalt und Professor in Paris während mehr als drei Jahren.

BATSIR SIDI MOHAMED war 1971 bei einer Konfrontation mit der Polizei der Sahara (im Dienste der Franco-Faschisten stehende Unterdrückungskräfte) verhaftet worden. Er wurde 3 Monate lang gefoltert und mußte 5 mal ins Krankenhaus gebracht werden aufgrund der Verletzungen durch die Folterungen. Sobald er aus dem Krankenhaus entlassen wurde, fuhren die Söldner der frankistischen Polizei fort, ihn zu foltern.

Er wurde vom Kriegsgericht in Al Asium zweimal zum Tode verurteilt, was jeweils aufgrund von Demonstrationen in Algier, Ägypten und Rabat und aufgrund der persönlichen Intervention Boumediennes rückgängig gemacht wurde.

Das letzte Mal, daß er lebend gesehen wurde, war in dem Gefängnis Santa Cruz auf Teneriffa (eine der kanarischen Inseln),von wo er höchstwahrscheinlich in ein Gefängnis in Spanien überführt wurde.

Seitdem gibt es von ihm trotz zahlreicher Anstrengungen keine Nachricht mehr und jeder Versuch, seinen Aufenthalt zu ermitteln, endete ergebnislos.

Die kolonialistischen frankistischen Kräfte haben gegen diesen patriotischen Guerrillero einen großen Haß gehegt und hatten auf seinen Kopf sogar eine Prämie ausgesetzt.

Die FRAP sieht es als eine elementare Aufgabe der kämpferischen antikolonialistischen und antifaschistischen Solidarität an, vor der internationalen öffentlichen Meinung dieses Verbrechen DER DIKTATUR an dem patriotischen und revolutionären Saharaui BATSIR SIDI MOHAMED anzuprangern. Die FRAP appelliert an die Solidarität des spanischen Volkes und an die internationale öffentliche Meinung, um zu erreichen, daß die frankistische Regierung darlegen muß, was mit diesem antikolonialistischen und antifaschistischen Kämpfer geschehen ist.

Es ist klar, daß die antifaschistischen und antikolonialistischen Verbände und Rechtsanwälte bei der frankistischen Regierung intervenieren müssen, um den momentanen Aufenthaltsort dieses Patrioten und antikolonialistischen Guerrilleros der Sahara zu erfahren."

FRAP

Zehn Jahre Radio Tirana

GRUSSTELEGRAMM

Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens von Radio Tirana gelten unsere herzlichen Kampfesgrüße dieser Stimme der Revolution und des Sozialismus in Europa.

Die täglichen Sendungen von Radio Tirana sind für das westdeutsche Proletariat und seine Partei, die KPD/ML, eine hervorragende Waffe im Kampf gegen den modernen Revisionismus auf dem Weg zur proletarischen Revolution.

Die westdeutsche Arbeiterklasse, die Partei des westdeutschen Proletariats, die KPD/ML, sind Radio Tirana für seine internationalistische Hilfe zu großem Dank verpflichtet. Unser Dank gilt der Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, dem Führer und Lehrer des albanischen Volkes und der albanischen Regierung. Unser Dank gilt nicht zuletzt auch den Mitarbeitern von Radio Tirana.

Es lebe die revolutionäre Stimme in Europa!
Es lebe die Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze!
Es lebe das sozialistische Albanien!

ZK der KPD/ML
Im Auftrag gez. Ernst Aust

In einem der nächsten Artikel zum 30. Jahrestag der Befreiung Albaniens werden wir näher auf Radio Tirana eingehen

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT WELLENLÄNGE

Das 1. Programm
13.00 - 13.30 32 und 41 Meter
16.00 - 16.30 32 und 41 Meter
19.00 - 19.30 41 und 50 Meter

Das 2. Programm
14.30 - 15.00 32 und 41 Meter
18.00 - 18.30 32 und 41 Meter
21.30 - 22.00 41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle

Das 3. Programm
6.00 - 6.30 41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 - 23.30 41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz Mittelwelle
206 Meter entspricht 1,456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30
21.00 - 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

Aus aller Welt

JAPAN

Der Kampf der Fischer von Mutsu gegen das erste atomgetriebene Schiff Japans hat Erfolg gehabt. Bereits als das Schiff in Betrieb gesetzt wurde, hatten hunderte von Schifferbooten versucht, die Hafeneinfahrt zu sperren, um ein Auslaufen des Schiffes zu verhindern. Nachdem Begleitbotte des Atomschiffes die Durchfahrt erzwingen konnten, stellte sich heraus, daß das Schiff ein Leck im Reaktorsystem hat, aus dem radioaktive Strahlungen austreten. Die Fischer der Hafenstadt Mutsu drohten daraufhin, die Hafeneinfahrt mit 1000 Schiffen und 30 000 Sandsäcken dicht zu machen, falls das Atomschiff den Hafen wieder anlaufen sollte. Die Regierung beschloß daraufhin, daß das Schiff von seiner Probefahrt nicht mehr in den Heimathafen zurückkehren wird. Ein neuer Hafen wurde bisher noch nicht bestimmt.

IRLAND

In Belfast sind zwei Richter der britenhörigen Klassenjustiz von nordirischen Befreiungskämpfern hingerichtet worden. Die Hinrichtung wurde gegen beide beschlossen, weil sie trotz wiederholter Warnungen im Dienst der britischen Militärmaschinerie gegen die Befreiungsbewegung gearbeitet haben.

SÜDAFRIKA

Wie eine südafrikanische Zeitung enthüllte, sind zwischen dem rassistischen Voster-Regime und den USA Verträge über Waffenlieferungen aus Washington abgeschlossen worden. Dabei sei es auch um chemische Kampfstoffe gegangen, wie sie in Vietnam von den US-Imperialisten gegen die Bevölkerung eingesetzt worden seien. Darüber hinaus soll das Regime in die Lage versetzt werden, selbst künftig Panzer und Kriegsschiffe zu bauen.

Mit den großen Siegen des Volkes in Mosambik fürchten die US-Imperialisten offenbar mehr und mehr auch eine ihrer letzten Bastionen in Afrika, das Voster-Regime, zu verlieren, von dem aus sie Subversion und Aggression gegen den afrikanischen Kontinent betreiben können.

"Das Volk und nur das Volk ist die Triebkraft, die die Weltgeschichte macht" Mao Tse - tung

Die RAF musste scheitern!

Mit Aufnahme des organisierten Hungerstreiks gegen die Folter an politischen Gefangenen in den Gefängnissen leisten die Genossen der RAF einen hervorragenden Beitrag im Kampf gegen die politische Unterdrückung und geben gleichzeitig einen glänzenden Beweis ihrer unerschütterlichen, auch durch jahrelange Isolationsfolter nicht zu brechenden, revolutionären Haltung. Die KPD/ML unterstützt diesen Kampf der RAF-Genossen, wie sie von Anfang an solidarisch mit den vom imperialistischen Staatsapparat verfolgten Genossen war.

Als 1972 Teile des US-Hauptquartiers in Heidelberg in die Luft flogen, da brach in der Presse der Bourgeoisie, aber auch in Zeitungen, die sich kommunistisch oder marxistisch-leninistisch nannten, ein Sturm der Entrüstung los. Allen voran tobte die D'K'P, die die RAF-Genossen, die sich zu dieser "Strafaktion" bekannten, als "Provokateure" beschimpfte und ihnen vorwarf, mit ihren Gewaltakten würden sie den Faschismus hervorrufen. Von einem "Vorwand", der der weiteren Faschisierung geliefert würde, sprachen auch sich marxistisch-leninistisch nennende Organisationen. In den Vordergrund allerdings stellten sie, daß Marxisten-Leninisten mit solchem "individuellen Terror" nichts zu tun hätten, weil er prinzipiell konterrevolutionär sei. Folgerichtig dachten sie auch nicht daran, mit den Genossen gegen den Klassenfeind solidarisch zu sein, belegten sie mit Bezeichnungen wie "Baader-Meinhof-Bande", "Linksradikale" usw., die in der Staatsschutzabteilung Bonns gefunden und von der gesamten bürgerlichen Presse verbreitet worden waren.

Demgegenüber lautete die Stellungnahme der Partei: **"Kommunisten lehnen Terror als Mittel des Kampfes keineswegs grundsätzlich ab. Im Gegenteil. Lenin hat sich häufig zu dieser Frage geäußert: „Killing is no murder,(Tötung ist kein Mord - d. Red.) schrieb unsere alte Iskra über Attentate, wir sind gar nicht gegen politischen Mord (es ist einfach niederträchtig, was die Opportunisten, Vorwärts und Wiener Arbeiterzeitung in diesem Sinne lakaienhaftes schreiben), aber als revolutionäre Taktik sind individuelle Attentate unzweckmäßig und schädlich. Nur die Massenbewegung kann als wirklicher politischer Kampf angesehen werden. Nur im direkten, unmittelbaren Zusammenhang mit der Massenbewegung kann und muß auch individuelles terroristisches Handeln von Nutzen sein." (Bd.35 S.217)"RM Nr. 12/72**

Damit zog die Partei einen klaren Trennungsstrich zu den Revisionisten und Opportunisten, die die Fehler der RAF nur dazu benutzen, um um so lauter gegen die Grundwahrheit des Marxismus-Leninismus, die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution wettern zu können.

Wenn die Partei auch immer die Genossen der RAF gegenüber solchen Angriffen der Revisionisten und Opportunisten aller Schattierungen verteidigt hat, so war sie deshalb niemals blind gegenüber den kleinbürgerlichen Fehlern der RAF-Genossen.

Aus dem obengenannten Lenin-Zitat geht bereits hervor, daß die Kommunistische Partei Terror nicht abstrakt gutheißen oder ablehnen kann. Entscheidend ist, ob der Terror in Verbindung mit den Kämpfen der Massen steht.

Es ist die grundlegende Aufgabe der Partei, die Massen im Geiste der bewaffneten Revolution zu erziehen, die bewaffnete Revolution auch organisatorisch und militärisch vorzubereiten. Zum bewaffneten Aufstand kann die Partei aber erst aufrufen, wenn die Massen seine Notwendigkeit eingesehen haben, wenn objektiv eine revolutionäre Situation eingetreten ist. Eine solche revolutionäre Situation, wie sie zum Beispiel 1968 in Frankreich bestand, besteht heute nicht. Das ist eine Tatsache, die auch die Genossen der RAF nicht leugnen können. Um ihre Aktionen trotzdem zu rechtfertigen, behaupten sie, eine solche Bestimmung der revolutionären Situation sei „dogmatisch". Sie leugnen die Bedeutung des objektiven Faktors und stellen schlicht fest, wenn zwei, drei Revolutionäre mit dem bewaffneten Kampf beginnen würden, dann sei das eben die revolutionäre Situation.

Zu einer solchen Auffassung über die Voraussetzungen für den Sieg der Revolution kann man nur kommen, wenn man glaubt, die Revolution sei ein Militärputsch, das Werk einiger „Helden". Das ist eine idealistische Auffassung, wie wir sie unter anderen Vorzeichen aus den bürgerlichen Geschichtsbüchern kennen. Die Geschichte wird aber weder von Kaisern, Königen und Ministerpräsidenten, noch von „revolutionären Helden" gemacht, sondern vom Volk. Sie ist nicht das Ergebnis von umwälzenden Gedanken und mutigen Taten Einzelner, sondern das Ergebnis des Klassenkampfes. Deshalb hängt auch der Zeitpunkt der Revolution in unserem Land nicht vom Willen Einzelner ab, sondern von der objektiven Verschärfung der Klassenwidersprüche.

„Die Revolution macht die objektive Situation reif, während ihr Sieg oder ihre Niederlage von dem Zustand und der Rolle des subjektiven Faktors abhängen (...) Die Revolution ist das Werk der Massen. Ohne diese zu überzeugen, vorzubereiten, zu mobilisieren und zu organisieren, ist es nicht möglich, daß die Revolution siegt. Der subjektive Faktor wird weder durch die Aktionen des Guerilla-Herdes, noch mit bloßer Agitation und Propaganda vorbereitet. Dazu ist es unerläßlich, wie Lenin lehrt und das Leben zeigt, daß sich die Massen aus eigener Erfahrung und Praxis überzeugen." (Enver Hoxha, Bericht auf dem 6. Parteitag der PdAA)

Die RAF-Genossen wollen diese Gesetze der Geschichte nicht wahrhaben, sie glauben nicht an die Kraft der Massen. Ihnen bleibt bei der Politik der RAF die Rolle von Zuschauern, die den „Volkskrieg" bestaunen dürfen, den einige kleinbürgerliche Revolutionäre führen.

Diese abfällige Haltung gegenüber den Massen und ihre kleinbürgerliche Klassengrundlage zeigt sich auch, wenn man sich ansieht, welche Ansichten die RAF-Genossen über die Arbeiterklasse haben. Allgemein stimmen die RAF-Genossen zwar zu, daß die Arbeiterklasse die führende Rolle in der sozialistischen Revolution haben muß. „Konkret" sind sie allerdings der Meinung, daß es „dogmatisch" wäre, unter „Arbeiterklasse" vor allem die Industriearbeiterschaft zu verstehen. Die Industriearbeiterschaft ist angeblich nur noch in den Köpfen von Romantikern und Dogmatikern revolutionär, vom hohen Roß der kleinbürgerlichen Revolutionäre aus betrachtet, dagegen zu großen Teilen „angepaßt", „resigniert" oder „rückständig". Auch ihre objektive Bedeutung ist als Ergebnis der wissenschaftlich-technischen Revolution nur noch gering: **„So gesehen ist die handarbeitende Arbeiterschaft tendenziell eine Restschicht..."** Über den gleichen Trick mit der wissenschaftlich-technischen Revolution werden die Studenten als „Kopfarbeiter" zu einem Teil der Arbeiterklasse erklärt, und zwar zu ihrer Avantgarde.

Das ist im Endeffekt aber nichts anderes als die mit einem „linken" Mäntelchen verbrämte uralte Theorie von den „weisen Intellektuellen," denen die „dummen Arbeiter" zu folgen haben. Nicht umsonst vertreten die modernen Revisionisten der D„K"P und anderer Organisationen wie die GRF eine ähnliche Theorie.

Sie stellt einen Angriff auf die führende Rolle der Arbeiterklasse in der Revolution dar, sie soll die Arbeiterklasse daran hindern, ihre Aufgaben zu erkennen und wahrzunehmen und dient so dem Ziel, die sozialistische Revolution zu sabotieren.

Dieser kleinbürgerlichen Ideologie der RAF-Genossen entsprechen ihre Vorstellungen über den Weg zur Revolution. Die revolutionäre Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft ist ein langer und äußerst komplizierter Kampf, an dem sich nicht nur die Arbeiterklasse, sondern im Bündnis mit ihr und ihr untergeordnet verschiedene andere politische und soziale Kräfte beteiligen. **Damit die Revolution nicht auf halbem Wege stehenbleibt oder unnötige Niederlagen erleidet, ist es notwendig, daß die Massen von der Partei der Arbeiterklasse mit einer wissenschaftlichen Strategie und Taktik angeleitet und auf den richtigen Weg zur Erreichung des Ziels hin orientiert und organisiert werden.**

Wie die Genossen der RAF „im Allgemeinen" die Rolle der Arbeiterklasse anerkennen, so leugnen sie auch „im Allgemeinen" nicht die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse. „Konkret" allerdings ignorieren sie die Tatsache, daß es in Westdeutschland diese Partei, die KPD/ML, gibt und halten es auch nicht für nötig, sich ernsthaft mit ihr auseinanderzusetzen. Die Genossen der RAF ziehen aus der revisionistischen Entartung der KPD und anderer ehemals kommunistischer Parteien den Kurzschluß, daß es vor allem darauf ankomme, das Gewehr in die Hand zu nehmen. Nur aus der „revolutionären Aktion" einer „aktiven Minderheit" kann ihrer Meinung nach eine Partei entstehen, die nicht den Weg des friedlichen Übergangs geht. Das hört sich auf den ersten Blick sehr radikal an. Worauf dieser „antirevisionistische Kampf" der RAF-Genossen aber hinausläuft, zeigt sich an folgendem Beispiel aus einem ihrer Papiere: **„Wann sich in der Vergangenheit das Proletariat in Deutschland mit Waffen gegen das Kapital erhob, dann hat es zwar heldenhaft, aber nach falschen taktischen Prinzipien und ohne strategische Perspektive gekämpft."**

Wer so mit einer Handbewegung die revolutionäre KPD Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns als Partei mit „falschen taktischen Prinzipien und ohne strategische Perspektive" hinwegfegt, der führt mit seinem vorgeblichen „antirevisionistischen" Kampf im Grunde einen Kampf gegen den Marxismus-Leninismus und gegen die bolschewistische Partei. Er arbeitet damit den modernen Revisionisten in die Hände, deren Aufgabe als Agentur des Kapitals in der Arbeiterbewegung es schließlich nicht ist, einzelne Attentate zu verhindern, sondern die sozialistische Revolution, die nur unter der Führung einer marxistisch-leninistischen Partei siegen kann, die als Vorhut und höchste Organisation der Arbeiterklasse den wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung verbindet, im Kampf das Vertrauen der Massen erwirbt und im Kampf gegen den modernen Revisionismus den bewaffneten Aufstand ideologisch, politisch, organisatorisch und militärisch vorbereitet. Was die RAF-Genossen an die Stelle einer solchen Partei setzen wollen, ergibt sich aus ihrer Vorstellung der Studenten als avantagrdistischem Teil der Arbeiterklasse: Eine Verschwörerorganisation von „intellektuellen Genies", die die „dummen Arbeiter' kommandieren soll.

Es zeigt sich, daß sich hinter den „ultralinken" Worten und Taten der RAF-Genossen im Grunde bürgerliche Auffassungen verbergen, daß sie sich auf idealistische Art und Weise ein Bild von der Welt zusammenträumen, wie es ihren kleinbürgerlichen Interessen entspricht. Eine Politik auf einer solchen Grundlage muß aber notwendigerweise scheitern und ist schädlich für die Revolution.

Gerade der Aufschwung der Massenbewegung in den letzten Jahren hat bewiesen, daß die Vorstellungen der RAF über die „dummen" und „trägen" Massen falsch sind. Die Streiks 1969 und 1973, die große Bauernbewegung in diesem Jahr, die breite Bewegung gegen die Truppenübungsplätze der NATO, die Demonstrationen für den Sieg der indochinesischen Völker, gegen den Häuptling der sowjetischen Sozialimperialisten Breshnew, die wachsende Bewegung gegen die politische Unterdrückung – **alle diese Tatsachen zeigen, daß die Haupttendenz in Westdeutschland tatsächlich Revolution ist. Was diesen Bewegungen fehlt, sind nicht Anweisungen dafür, wie man Bomben wirft. Bomben werfen konnten die Massen in Nordhorn zum Beispiel alleine. Was diesen Bewegungen heute noch fehlt, ist die klare Orientierung auf die bewaffnete Revolution, die Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.**

Genauso wie die Entwicklung bewiesen hat, daß die wahren Helden die Massen sind, hat sich aber auch gezeigt, daß einzelne kleinbürgerliche Revolutionäre, die sich selber zu „Helden" ernennen, notwendig scheitern müssen. Wenn die Genossen der RAF ehrlich sind, müssen sie zugeben, daß ihre Organisation heute weitgehend zerschlagen ist. Wir wollen den mutigen und konsequenten Kampf der Genossen im Gefängnis nicht herabmindern. Aber die Tatsache, daß so viele von ihnen gefangen und in den Händen der Bourgeoisie vom revolutionären Klassenkampf weitgehend ausgeschaltet sind, ist kein Sieg, sondern eine Niederlage.

Die Fehler der RAF-Genossen dürfen nicht vertuscht und nicht beschönigt werden. Denn ihre Auffassungen stellen schwerwiegende Abweichungen vom Marxismus-Leninismus dar. Es hat sich gezeigt, daß sie sich bei einzelnen Genossen der RAF zu offen konterrevolutionären Ansichten entwickelt haben. Aber im Allgemeinen stellen diese Abweichungen die Nebenseite dar. Die RAF-Genossen werden nicht deshalb grausam gefoltert, weil sie der Bourgeoisie mit ihren Fehlern nützen, sondern weil sei Revolutionäre sind. Aktionen wie das Attentat auf das US-Hauptquartier in Heidelberg haben dem Imperialismus geschadet und dem Volk genützt. Deshalb haben sie auch in breiten Teilen des Volkes Zustimmung gefunden. Aus diesem Grunde, weil die Genossen auf der gleichen Seite der Barrikade gegen den Imperialismus kämpfen wie wir, und nicht etwa aus Mitleid mit ihrer Lage, ist es notwendig, mit ihnen solidarisch zu sein und insbesondere jetzt ihren Hungerstreik zu unterstützen.

Rotgardist spricht auf der Landeskulturkonferenz NRW des Deutschen Freidenkerverbandes

Religion ist Opium des Volkes!

Der Freidenkerverband war eine Massenorganisation der KPD, die vor allem den entschlossenen Kampf gegen die Religion auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Auch heute sind im Freidenkerverband noch eine Reihe alter Genossen der KPD. Schon an der Hauptparole der diesjährigen Landeskulturkonferenz NRW läßt sich allerdings erkennen, daß der Freidenkerverband heute unter revisionistischer Führung steht. „Gegen Klerikale Diktatur – für mehr Demokratie und Toleranz", unter dieser Parole kann man nicht gegen die Religion kämpfen, sondern nur den Weg der Kapitulation gegenüber diesem „Opium fürs Volk" antreten.

Deutlich zeigte sich der Verrat an der revolutionären Tradition des Freidenkerverbandes in den beiden Hauptreferaten.

Zuerst sprach Prof. Myrnarek, der vor einiger Zeit durch ein öffentliches Schreiben an den Papst seinen Austritt aus der Kirche erklärte und dessen Buch „Herren und Knechte der Kirche." verboten wurde. Wer nun jedoch auf Grund dieser Tatsachen in Herrn Myrnarek einen Verfechter des Atheismus erwartet hatte, der sah sich getäuscht. Er redete zwar lange gegen die Kirche und darüber, daß die Existenz eines Gottes nicht zu beweisen ist, das Wesen der Religion, ihren Klassencharakter, vertuschte er jedoch. Viele der rund 200 Anwesenden, vor allem ältere Kollegen, verließen enttäuscht den Saal.

Der zweite Redner war Rechtsanwalt Dr. Erwin Fischer, Vorstandsmitglied der Humanistischen Union und Verfechter der FDP Judo-Politik von der Trennung von Kirche und Staat. Er behauptete, die Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche sei „grundgesetzwidrig". Er plädierte für die „freie Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Weltanschauungen" und für eine „freie Entfaltung" der Religion. Er ging sogar so weit zu behaupten, die Religion sei eine gesellschaftlich positive Kraft.

Als nach den Reden die Möglichkeit bestand, dazu vom Podium aus Stellung zu nehmen, meldete sich ein Genosse der ROTEN GARDE.

Während bei den Vorrednern viele resigniert hinausgegangen waren, wurde seine Rede mehrmals mit Beifall unterbrochen, vor allem von älteren Kollegen. Der Genosse stellte klar, daß der Kampf gegen die Religion gleichzeitig ein Kampf gegen das kapitalistische System sein muß. Denn mit ihrer Hilfe versucht die Bourgeoisie, die Werktätigen dazu zu bringen, daß sie sich mit Ausbeutung und Unterdrückung abfinden. Die Religion ist Opium für das Volk. Deshalb darf man ihr auch nicht gleichgültig oder



Agitproptrupp der Partei „Roter Sturmtrupp" auf der Länderkulturkonferenz des Deutschen Freidenkerverbandes.

„tolerant' gegenüberstehen, wie es die Landeskulturkonferenz fordert. Es gibt keine „freie Auseinandersetzung", kein „friedliches Nebeneinander" von Religion und Atheismus. Denn die Religion selbst ist ihrem Wesen nach intolerant. Der Genosse schilderte anschließend, wie in Albanien der Kampf gegen die Religion geführt wird. Hier sind alle Kirchen und Moscheen geschlossen. Die meisten von ihnen dienen heute als Kultur- und Sportpaläste, berichtete der Genosse unter großem Beifall. Ganz anders dagegen in den revisionistischen Ländern.Von Polen zum Beispiel werden wieder Missionare in die ganze Welt geschickt, allein im Jahre 1973 73 Priester. Und in der Bundesrepublik predigen 50 Mitglieder der D„K"P das „Wort Gottes" von der Kanzel.

Der Beifall, den der Genosse erhielt, und die 20 – 30 ROTE MORGEN, die während der Veranstaltung verkauft wurden, zeigen, daß das Auftreten der Partei auf großes Interesse stieß.

Am Nachmittag trat der Agitproptrupp der Partei „Roter Sturmtrupp" auf. Die Veranstaltungsleitung hatte versucht, möglichst viele Teilnehmer davon fernzuhalten. So wurden einige in den Zoo geschickt, andere zu einer Aufführung des revisionistischen Werkkreises. Diesem wohnten jedoch nur ca. 10 Menschen bei, während zur Aufführung unseres Agitprop-Trupps 80 Menschen blieben.

Die Aufführung, Gedichte und Lieder der der revolutionären Arbeiterbewegung, war ein Schlag ins Gesicht der modernen Revisionisten. Viele alte Genossen sangen sogar die ihnen bekannten Lieder mit, wie die „Warschawjanka" oder die „Resolution der Kommunarden".

Während dieser Aufführung wurde auch ein Bericht über die Polizeimorde der letzten Monate verlesen, vor allem über den Mord an Genossen Günter. Hier sprachen wir auch der Ortsgruppe Münster des DFV unseren Dank aus, die durch ihre entschlossene Haltung, deren Ausdruck unter anderem die Solidaritätsadresse an die KPD/ML war, dazu beigetragen hat, die Front der Solidarität zu erweitern.

Wir können auf jeden Fall sagen, daß das Auftreten der Partei auf dieser Landeskulturkonferenz die Widersprüche innerhalb des Verbandes der Freidenker verschärft und der revisionistischen Führung einen harten Schlag versetzt hat. Es ist uns gelungen, viele Menschen, vor allem jedoch ältere Genossen und Kollegen, zum erstenmal mit der Partei bekanntzumachen. Unter ihnen wird mancher sein, der erkennen wird, daß die KPD/ML heute das Werk der revolutionären KPD Ernst Thälmanns fortsetzt.

Ihns-Prozeß So sollen die Ursachen der Verbrechen vertuscht werden

„So feierten die lesbischen Frauen den Mord" – mit solchen Aufmachern berichtet „Bild" fast täglich über den Mordprozeß gegen Marion Ihns und Judy Anderson. Die beiden Frauen sind angeklagt, den Ehemann von Frau Ihns ermordet haben zu lassen. Sie unterhielten eine lesbische Beziehung.

Warum wird gerade dieser Prozeß von der bürgerlichen Presse so groß herausgebracht, wo Morde doch hierzulande wahrhaftig keine Seltenheit sind? Zunächst ist es natürlich so, daß von Zeit zu Zeit Prozesse ähnlicher Art von der bürgerlichen Presse immer wieder groß aufgezogen werden. Ziel dieser Art von Schauprozessen ist es, das Verbrechen in seinen abscheulichsten Formen als das Ergebnis individueller Perversionen, „abartiger Veranlagungen" usw. hinzustellen. Das Verbrechen soll als etwas schwer Begreifbares, Mystisches erscheinen. Es soll von der Tatsache abgelenkt werden, daß alle Verbrechen ihre Ursache in den ungezählten Verbrechen haben, die das kapitalistische System tagtäglich an den Menschen begeht. Dieser Zusammenhang kann die Schuld eines einzelnen Mörders natürlich trotzdem nicht vom Tisch wischen.

Die Feldzüge der bürgerlichen Presse anläßlich solcher Prozesse sollen den Menschen einreden, das Verbrechen habe seine Wurzel im unbegreifbaren Bösen, das im Menschen steckt und das manche Menschen eben völlig beherrscht. Besonders exemplarisch ist hier der Fall des Jürgen Bartsch, der von der Presse schlicht als Tier, als Bestie in Menschengestalt vorgeführt wurde, der im Grunde aufgehängt gehört.

Auch in der Berichterstattung der bürgerlichen Presse zum Ihns-Prozeß wird unterschwellig mit der Lynchjustiz sympathisiert, wenn in der Bild-Zeitung breit die Verwandten des Ermordeten zitiert werden, die die Angeklagten am liebsten ermorden möchten – jedenfalls laut Bild-Zeitung. Und die Justiz, die beispielsweise bei Prozessen gegen RAF-Genossen außerhalb des Gerichtssaals keinen Menschen auch nur auf Sichtweite an den angeklagten Genossen herankommen läßt, weiß beim Abtransport der beiden angeklagten Frauen aus dem Gerichtsgebäude ein „zufälliges" Zusammentreffen mit dem Vater und dem Bruder des Ermordeten vor den Kameras der Pressefotografen zu arrangieren.

Hier werden alle Register gezogen. Kein Versuch wird ausgelassen, um die Fähigkeit der Menschen, mitzufühlen und mitzuhassen zu mobilisieren. Die Menschen sollen Mitleid mit dem Opfer und seinen Angehörigen fühlen und Haß gegen die Angeklagten. Vor allem aber sollen sie die Verurteilung der Angeklagten durch die Justiz begrüßen. So soll der Anschein erweckt werden, die kapitalistische Klassenjustiz diene der Gerechtigkeit, entspreche dem Willen des Volkes.

Der Prozeß gegen Marion Ihns und Judy Anderson unterscheidet sich aber in einem wesentlichen Punkt von anderen Prozessen, die in ähnlicher Weise von der bürgerlichen Presse hochgespielt worden sind, wie beispielsweise dem Bartsch-Prozeß. Die beiden angeklagten Frauen wurden nicht wie Bartsch als unmenschliche Bestien dargestellt. Vielmehr wird dieser Mord so dargestellt, als habe er nur von einer Frau begangen werden können. Nach den Pressebeberichten, die immer wieder mit pornografischen Passagen durchzogen sind, zu urteilen, ist hier die Liebe, die die Frau den ganzen Tag ausschließlich im Kopf hat, für die sie eiskalt über Leichen geht,der Schlüssel zum Verständnis dieses Mordes.

Selbst im Gerichtssaal soll die beiden Angeklagten hauptsächlich ihre Haßliebe zueinander beschäftigen. Hier wird durch die Berichterstattung über diesen Prozeß zusätzlich auch die Frau diffamiert.

Sex and Crime – das wird letztlich den Blick der Menschen für die wahre Ursache des Verbrechens nicht verstellen können: **Die steigende Zahl der Gewaltverbrechen ist Ausdruck der absoluten Verottetheit und Verkommenheit des kapitalistischen Systems.**

Korrekturen:

Hetzfilm gegen das sozialistische China

Ein Genosse kritisiert zurecht an dem Artikel, daß nicht auch auf die andere Seite des Filmes, die Hetze gegen das französische Volk und seinen Kampf eingegangen worden ist. Der Artikel hätte unbedingt auch eingehen müssen auf:

Den Angriff des Films gegen das französische Volk. Dieser besteht einmal in der unverschämten Verspottung der Resistance gegen den Hitlerfaschismus, zum anderen soll der ganze Film den Eindruck erwecken, als ob das Volk völlig degeneriert und sein Wesen nur „Wein, Weib und Gesang" sei.

Bei der Berichterstattung über die Protestaktionen gegen den Hetzfilm sind ebenfalls Fehler enthalten: Die Aktion gegen den Film in Westberlin ist nicht gemeinsam von KPD/ML und GDCF (Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft) durchgeführt worden. In der GDCF arbeiten zwar auch Genossen unserer Partei, die Aktion der GDCF in Westberlin aber ist unabhängig von jeder politischen Organisation durchgeführt worden. Sie hat dort Flugblätter verteilt und mit Passanten über den chinafeindlichen Charakter des Films diskutiert. Zu dem Bericht über die Aktion in Bochum möchten wir noch hinzufügen, daß auch dort die GDCF vor dem Kino Flugblätter verteilt hat.

Prozeßtermin von Ernst Aust verschoben

Der für den 19.9. angesetzte Prozeß gegen die Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert wegen eines Artikels im ROTEN MORGEN 1973 mit der Überschrift: „Bonner Parlamentarier – korrupt bis auf die Knochen", ist verschoben worden auf November.

Pflichtverteidiger legt Mandat nieder

Am 20.9. legte der vom Gericht bestellte zusätzliche Pflichtverteidiger von Genossen Mahler seine Verteidigung nieder und verlangte einen Beschluß über seine Abberufung. Er erklärte, er sei in den Prozeß gegangen mit der Illusion, daß er von dem Angeklagten gebraucht werde. Das habe er als Irrtum erkannt. Der bisherige Prozeßverlauf habe gezeigt, daß ihm im Auftrag des Gerichts und der Staatsanwaltschaft die Rolle zugedacht sei, die Verteidigung zu sabotieren.

Er erklärte weiter, daß dies auch den geltenden Gesetzen widerspreche, nach denen die Beiordnung eines Pflichtverteidigers nur dann zulässig sei, wenn der Angeklagte alle anderen Verteidiger ablehne. Das sei hier aber nicht der Fall. Er fuhr fort, daß all dies seiner Ehre als Anwalt und des Anwaltberufes widerspreche und der Versuch, ihn zu einem Werkzeug der Pläne der Staatsanwaltschaft zu machen von ihm nicht hingenommen werden könne. Weil er seinen früheren Irrtum einsehe, werde er die Pflichtverteidigung unter allen Umständen niederlegen. Rechtsanwalt Hübner bekam für diese Erklärung Beifall von den Zuschauern des Prozesses. Dem bürgerlichen Klassengericht blieb nichts anderes übrig, als seinem Beschluß zuzustimmen und nun doch, wie schon vorher beantragt, Rechtsanwalt Schily als Pflichtverteidiger des Genossen Mahler zu akzeptieren. Mit dieser mutigen Erklärung ist den Plänen der Bourgeoisie, die in diesem Prozeß zum ersten Mal die Beiordnung von Pflichtverteidigern als Handlanger der Staatsanwaltschaft „ausprobieren" wollte, eine wichtige Niederlage bereitet worden.

Haftbefehl gegen Genossen Jörg Lang

Gegen Rechtsanwalt Jörg Lang ist Haftbefehl erlassen worden. Als Genosse Lang zu einem für den 16.9. gegen ihn angesetzten Prozeßtermin nicht erschien, setzte das Gericht einen Haftbefehl wieder in Kraft, der bereits vor 2 1/2 Jahren gegen Genossen Lang erlassen worden war.

Genosse Lang, der als Verteidiger von Genossen der RAF wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung angeklagt ist, ließ beim Prozeß durch seine Rechtsanwälte eine Erklärung verlesen, in der er auf die Bedeutung dieses Prozesses eingeht und sein Nichterscheinen begründet. Genosse Lang erklärt, daß der Prozeß gegen ihn zu sehen ist im Zusammenhang mit dem Terror, den die Klassenjustiz gegen die Genossen der RAF entfaltet. Der Prozeß gegen ihn wie auch die anderen Angriffe auf fortschrittliche Rechtsanwälte beweisen, daß die Bourgeoisie versucht, Rechtsanwälte, die sich auf die Seite von Revolutionären stellen, auszuschalten, um so deren Unterdrückung perfektionieren zu können. Genosse Lang zieht aus dieser Tatsache den Schluß, daß es für die fortschrittlichen Rechtsanwälte notwendig ist, einen klaren Trennungsstrich zur Klassenjustiz zu ziehen. Aus dieser Erwägung heraus begründet er sein Nichterscheinen vor Gericht. Wir halten eine solche Konsequenz nicht für den richtigen Weg, um die Angriffe der Bourgeoisie auf die Verteidigung von politischen Verfolgten zu bekämpfen.

So mutig dieser Schritt sein mag, so geht er doch nicht von den Notwendigkeiten des Klassenkampfes aus, sondern von idealistischen Vorstellungen über den „kompromißlosen revolutionären Kampf". Es ist sicher nicht so, daß der Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz vor allem von den fortschrittlichen Rechtsanwälten geführt werden kann. Die Partei hat solche Vorstellungen immer entschieden bekämpft. Auf der anderen Seite aber können wir niemals legale Positionen, die unserem Kampf gegen die Bourgeoisie nützen, kampflos aufgeben.

Fortsetzung von Seite 1

Die ROTE HILFE, deren Aufruf zur Unterstützung des Kampfes der RAF-Gefangenen wir in dieser Nummer des ROTEN MORGEN abdrucken, hat den Kampf aufgenommen. In Hamburg demonstrierten am 21.9. 200 Menschen gegen die Folter an den RAF-Gefangenen. Am gleichen Tag fanden in mehreren Städten Veranstaltungen statt. Mit Flugblättern, Parolen und Klebern wird gefordert: „Weg mit der Isolationsfolter! Freiheit für alle politischen Gefangenen!" Die Partei unterstützt diesen Kampf der ROTEN HILFE! Sie fordert auf, auf der Grundlage des Aufrufs der ROTEN HILFE den Hungerstreik der RAF-Gefangenen zu unterstützen und darüberhinaus ihre Reihen gegen die wachsende Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates zu stärken.

WEG MIT DER ISOLATIONSFOLTER!
VERHINDERT DIE MORDVERSUCHE DURCH TRINKWASSERENTZUG!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
STÄRKT DIE ROTE HILFE!
VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

Aufruf der ROTEN HILFE

Seit dem 13.9. befinden sich 38 politische Gefangene der RAF (Rote Armee Fraktion) im Hungerstreik. Zahlreiche andere politische Gefangene wollen sich in ihre Aktion einreihen.

Durch die brutalen Methoden, die in den Gefängnissen in besonderem Maß gegen die politischen Gefangenen angewendet werden, sind die inhaftierten Genossen in ihrer physischen und psychischen Existenz bedroht. Sie kämpfen gegen ihre Vernichtung als Kämpfer für die Freiheit.

Jahrelange totale Isolation – wie etwa bei Ronald Augustin und Ulrich Luther – Verweigerung der ärztlichen Hilfe wie bei Katharina Hammerschmidt, die deswegen nun tödlich an einem Tumor erkrankt ist, Menschenversuche durch gewissenlose Mediziner, Mißhandlungen durch die Wärter, Behinderung jedes Kontaktes zu Verwandten und Verteidigern – dies alles kennzeichnet die Lage der politischen Gefangenen. Die Bourgeoisie versucht, diese Barbarei mit dem Mantel des Schweigens und durch ein Lügengewebe zu verdecken.

Diesen Lügenschleier gilt es zu zerreißen! Die ROTE HILFE ruft Euch auf:

Kämpft mit uns!

Verbreitet die Wahrheit über die Vernichtungshaft an politischen Gefangenen!

FOLTERUNG DURCH TOTALE ISOLATION!

Um den Kampfwillen der politischen Gefangenen zu brechen, werden sie der Isolierhaftfolter unterworfen. Über Monate, ja Jahre hinweg:

- kein Kontakt zur Außenwelt
- keiner, mit dem man sprechen kann, kein Geräusch als die eigene Stimme.
- oft ein dauernder, gleichbleibender Summ- oder Heulton.
- alles schneeweiß gestrichen.
- keine Veränderung der Beleuchtung, Tag und Nacht.
- kein Luftzug.

Alle Bindungen zur lebendigen Aussenwelt zerschnitten.

Längst ist es erwiesen: Diese Behandlung führt zu einer unwiderruflichen Zerstörung der Gehirnzellen und zerrüttet die Gesundheit. Wer auf die Dauer in Isolation bleibt, ist zum Tode verurteilt.

„Steril und sauber" ist diese Foltermethode – doch genauso grausam wie manche blutige Folter auch!

Kollegin, Kollege,
Erkläre Deine Solidarität!
Reih Dich ein in die Kampffront fordere mit der ROTEN HILFE:
Schluß mit der Isolationshaft! Sofort!

MORDVERSUCH DURCH TRINKWASSER-ENTZUG!

Schon oft hat die bürgerliche Klassenjustiz Hungerstreiks durch Entzug des Trinkwassers beantwortet. Das bedeutet: Nach kurzer Zeit Nierenversagen und Tod.

Nach drei Tagen Trinkwasserentzug wurde vor wenigen Wochen Genossin Gabriele Kröcher-Tiedemann mit schweren Nierenkoliken, unfähig zu gehen, aus ihrer Bunkerzelle getragen. In München starb ein Häftling, als er nach dem Entzug des Trinkwassers seinen eigenen Urin getrunken hatte, an Blutverdickung – **ermordet!**

So beantwortet die Bourgeoisie den Kampf der politischen Häftlinge um Rechte, um bessere Ausgangsbedingungen für den Freiheitskampf mit der letzten möglichen Maßnahme: „Wenn du dich nicht beugst, bringen wir dich um!" lautet ihr Spruch.

Die politischen Gefangenen haben organisiert den Kampf aufgenommen. Durch keinen Terror wurde ihre Entschlossenheit gebrochen. Die Bourgeoisie fürchtet ihren Kampf, sie fürchtet die Verbindung des Kampfes der politischen Gefangenen mit der Solidarität der Werktätigen durch die ROTE HILFE. Sie wird auch diesmal vor Mordversuchen an politischen Gefangenen durch Trinkwasserentzug und vor Terrormaßnahmen gegen die ROTE HILFE nicht zurückschrecken. Aus ihren Schandtaten spricht

...DER GEIST DER HITLER – KZ'S

Die Einkerkerung der politischen Gefangenen, der Versuch, sie zu vernichten, ist eine Antwort der Bourgeoisie auf den anwachsenden Kampf des werktätigen Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Durch Knüppeleinsätze bei Streiks und Demonstrationen, durch Terror auf der Straße und immer öfter sogar durch Mordtaten, wie die Ermordung des Taxifahrers Günter Jendrian in München, des Arbeiters H.J. Remizko in Mannheim, wie die Ermordung des Kommunisten Günter Routhier in Duisburg, durch Maßnahmen wie den faschistischen Überfall auf den Trauerzug zu Ehren des Genossen Routhier, will die Bourgeoisie dem werktätigen Volk zeigen: Wer sich nicht duckt, bekommt die Unterdrückergewalt zu spüren.

Das Anwachsen des Kampfes beantwortet die Bourgeoisie, indem sie immer häufiger zu faschistischen Methoden der Unterdrückung greift.

Die Genossen der RAF haben gegen den mörderischen Imperialismus, für die Freiheit und Gerechtigkeit gekämpft und sind nicht „mordend und sengend durchs Land gezogen", wie die Bourgeoisie zetert. Sie haben sich dabei nicht auf die gewaltige Kraft der Massen, sondern auf das Heldentum von Einzelnen gestützt. Doch auch ihre Aktionen, die Bomben in den US-Hauptquartieren in Frankfurt und Heidelberg etwa, waren gerechter Ausdruck des Hasses und der Empörung des Volkes gegen die Imperialisten.

Die ROTE HILFE unterstützt jeden Kämpfer gegen den Imperialismus, für die Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung rückhaltlos, über die Grenzen von Anschauungen und Organisationen.

In ihren Reihen vereint sie über die Grenzen der Parteizugehörigkeit und unterschiedlichen Vorstellungen alle, die gegen die Unterdrückerbarbarei den Kampf zur Unterstützung der politisch Verfolgten aufnehmen wollen. Alle Werktätigen, alle fortschrittlichen Organisationen ruft sie auf:

UNTERSTÜTZT DEN KAMPF DER POLITISCHEN GEFANGENEN!

Die revisionistische D„K"P und andere Opportunisten reihen sich in den Hetzchor von bürgerlicher Presse, Fernsehen und Rundfunk ein. Sie beschimpfen die Genossen als „Terroristen", um den Terror der Bourgeoisie zu decken. Sie verhetzen die Revolutionäre als „Chaoten" und „Volksfeinde", um zu verdecken, daß sie selbst längst ihren Frieden mit dem Imperialismus gemacht haben und in Wahrheit Feinde des Volkes sind. Sie eilen der Bourgeoisie zu Hilfe, welche den solidarischen Beistand selbst, die ROTE HILFE, für Kriminell erklären will. Doch das kann ihnen nicht gelingen. Die Werktätigen selbst werden hier Recht sprechen!

Alle Werktätigen und fortschrittlichen Menschen rufen wir auf:

Mit uns heraus zum solidarischen Kampf!
KAMPF DEM TERROR!
KAMPF DEN MORDVERSUCHEN DURCH TRINKWASSERENTZUG!
WEG MIT DER ISOLATIONS– FOLTER!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

25 Jahre Volksrepublik China

Am 1. Oktober 1949, vor 25 Jahren, verkündete Genosse Mao Tsetung auf dem Tien An Man in Peking feierlich die Gründung der Volksrepublik China. Nach 28 Jahren Volkskrieg gegen den Imperialismus, den Feudalismus und den bürokratischen Kapitalismus hatte sich das chinesische Volk unter der Führung seiner Kommunistischen Partei befreit und seinen eigenen Staat gegründet. In seiner ersten Rede auf der Tagung des Politischen Konsultativen Volksrates sagte Mao Tsetung damals:

„Die Geschichte wird zeigen, daß die Chinesen, die ein Viertel der Menschheit bilden, nunmehr neuen Auftrieb bekommen haben. Länger als ein Jahrhundert, auch während der Revolution des Jahres 1911, an deren Spitze Dr. Sun Jat Sen, der Sturmvogel der chinesischen Revolution stand, haben unsere Vorgänger nicht nachgelassen in ihrem unerschütterlichen und selbstlosen Kampf gegen die ausländischen und inneren Unterdrücker. Unsere Vorgänger haben uns das Vermächtnis hinterlassen, ihre erhabensten Träume zu verwirklichen. Das haben wir jetzt getan. Wir haben uns zusammengeschlossen und im Verlauf eines Volksbefreiungskrieges und einer gewaltigen Volksrevolution haben wir die ausländischen und inneren Unterdrücker gestürzt. Wir proklamieren die Gründung der VR China (...) Unser Volk wird niemals mehr erniedrigt werden. Wir haben bereits frischen Mut gefaßt. Unsere Revolution hat die Sympathien und die Anerkennung der Volksmassen in der ganzen Welt gewonnen, und wir haben Freunde in allen Teilen der Welt."

Der Triumph der chinesischen Revolution und die Gründung der VR China waren das wichtigste Ereignis in diesem Jahrhundert seit der sozialistischen Oktoberrevolution. Ein Viertel der Menschheit hatte die Ketten der imperialistischen Herrschaft zerbrochen und betrat den Weg des Sozialismus. Der gewaltige Schlag, den das chinesische Volk dem Imperialismus versetzte, veränderte das Kräfteverhältnis in der Welt radikal zugunsten der Revolution und des Sozialismus. Für die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die unter der Herrschaft des Imperialismus vor allem des US-Imperialismus standen, war der Sieg der Revolution in China ein großes Beispiel und ein Ansporn, den anti-imperialistischen nationalen Befreiungskampf zu verstärken. **Die chinesische Revolution siegte, weil sie von der Kommunistischen Partei Chinas geführt wurde, die den Marxismus-Leninismus mit der Praxis der chinesischen Revolution verband und unerschütterlich an der Seite der Volksmassen stand.**

Als 1949 die VR China gegründet wurde, war damit der Sieg des chinesischen Volkes noch nicht entgültig gesichert. Die gestürzten Klassen, die alten Ausbeuter, die aus China vertriebenen Imperialisten gaben die Hoffnung nicht auf, das Land wieder zurückzuerobern, die Diktatur über das Volk wieder aufzurichten. Die alten Klassen existierten noch und sie verbanden ihre Versuche, den Kapitalismus in China wieder zu errichten, mit den Anstrengungen des internatioanlen Imperialismus, vor allem des USA-Imperialismus, der dasselbe Ziel verfolgte. Schon 1949 rief Genosse Mao Tsetung die Kommunistische Partei auf, gegenüber allen solchen Versuchen die Wachsamkeit zu erhöhen. Er wies auf folgendes hin:

„Weil wir den Sieg errungen haben, wird uns das Volk dankbar sein und die Bourgeoisie wird hervortreten, um uns zu schmeicheln. Daß uns der Feind mit Waffengewalt nicht unterkriegen kann, ist bereits bewiesen worden. Doch mit ihren Schmeicheleien kann die Bourgeoisie die Willensschwachen in unseren Reihen zu Fall bringen. Es mag Kommunisten geben, die sich vom bewaffneten Feind nicht besiegen ließen und sich angesichts des Feindes würdig erwiesen, Helden genannt zu werden, die jedoch einem Angriff mit „Geschossen in Zuckerhülle" nicht standhalten und den Zuckergeschossen erliegen werden. Wir müssen einer solchen Situation zuvorkommen."

Eine Festung ist am leichtesten von innen zu nehmen. Nach dem Tode Stalins in den 50er Jahren rissen die modernen Revisionisten um Chruschtschow die Führung der Partei und des Staates an sich und verwandelten die sozialistische Sowjetunion in einen sozialimperialistischen Staat. Das zeigte anschaulich, daß der Klassenkampf auch während der ganzen Periode des Sozialismus nicht aufhört, daß er sich im Gegenteil verschärft und die Bourgeoisie alle Anstrengungen unternimmt, ihre Herrschaft wiederzuerrichten. In dieser Situation verschärften in den 60er Jahren auch die modernen Revisionisten in China ihre Angriffe. Ihr Anführer war Liu Schao Tschi, der sich in die Partei eingeschlichen hatte und in engster Verbindung mit den sowjetischen Revisionisten handelte.

Liu Schao Tschi trat gegen die Diktatur des Proletariats auf, indem er die „Entwicklung des freien Marktes", die „Erweiterung der Privatparzelle" propagierte und dafür eintrat, den Kampf gegen Imperialismus, Revisionismus und Rekation einzustellen und die Unterstützung der VR China für die Weltrevolution zu vermindern. Er behauptete, daß der Sozialismus in China bereits entgültig gesiegt habe und deshalb die Diktatur des Proletariats abgeschwächt werden könnte. Nicht mehr der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, nicht mehr die Frage, welche Klasse die politische Macht in Händen hält, sei jetzt das Entscheidende, sondern die Entwicklung der Produktivkräfte. Mit dieser Theorie beabsichtigte Liu Schao Tschi die Wachsamkeit der Partei einzuschläfern und den Boden für den Machtantritt der Bourgeoisie zu bereiten. In dieser Situation erließ Genosse Mao Tsetung den Aufruf: ***„Niemals den Klassenkampf vergessen!"*** und formulierte die grundlegende Linie der Partei für die ganze Periode des Sozialismus:



Am 1. Oktober 1949 verkündete Genosse Mao Tsetung die Gründung der VR China.

„Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Während dieser Periode des Sozialismus sind Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden, der Kampf zwischen den zwei Wegen, dem Sozialismus und dem Kapitalismus, geht weiter und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen. Man muß die Langwierigkeit und Kompliziertheit dieses Kampfes erkennen. Man muß die Wachsamkeit erhöhen und die sozialistische Erziehung durchführen. Man muß die Probleme der Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe richtig begreifen und behandeln, die Widersprüche zwischen uns und dem Feind und die im Volk richtig voneinander unterscheiden und behandeln, andernfalls wird sich ein sozialistischer Staat wie unserer in sein Gegenteil verwandeln, er wird entarten und es wird zur Restauration kommen. Von nun an müssen wir jährlich, monatlich, ja täglich darüber sprechen, damit wir für dieses Problem ein verhältnismäßig nüchternes Verständnis haben und eine marxistisch-leninistische Linie besitzen können."

1966 folgten die chinesischen Arbeiter und Bauern, geführt von der Partei, diesem Aufruf und zerschlugen in der Großen Proletarischen Kulturrevolution das bürgerliche Hauptquartier um Liu Schao Tschi. Die Zerschlagung der Verräterclique um Liu Schao Tschi bedeutete nicht, daß der Klassenfeind entgültig geschlagen war. Nach ihm trat Lin Biao hervor und versuchte verzweifelt, durch einen Staatsstreich die Macht an sich zu reißen. Aber seine Umsturz- und Mordpläne wurden entlarvt und er selbst fand ein unrühmliches Ende, als er zu seinen Auftraggebern, den sowjetischen Sozialimperialisten, überlaufen wollte. Als im August 1973 der 10. Parteitag der KP Chinas tagte, legten die Delegierten im Statut der Partei fest: *„Die Große Proletarische Kulturrevolution in unserem Land ist gerade eine politische Revolution, durchgeführt vom Proletariat unter den Bedingungen des Sozialismus gegen die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen, zur Konsolidierung (Festigung) der Diktatur des Proletariats und zur Verhütung der Restauration des Kapitalismus. Revolutionen dieser Art werden in Zukunft noch mehrmals durchgeführt werden."*

„Nach der Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat stand während der ganzen historischen Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Brennpunkt des Kampfes zwischen dem Marxismus und dem Revisionismus stets die Frage, ob man die Existenz der Klassen, der Klassenwidersprüche und des Klassenkampfes anerkennt oder nicht und ob man an der Diktatur des Proletariats festhält oder nicht." Mit diesen Worten fassen die chinesischen Genossen die Kernpunkte des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie unter den Bedingungen des Sozialismus zusammen.

Die Theorie von der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und die von ihr geleitete Praxis, deren großartiges Beispiel die Große Proletarische Kulturrevolution ist, verhindert die Restauration des Kapitalismus und den Machtantritt der Bourgeoisie. Die Kommunistische Partei Chinas und das chinesische Volk haben bewiesen, daß der Machtantritt der neuen Bourgeoisie verhindert werden kann. **Aus diesem Grund ist die Große Proletarische Kulturrevolution, wie Genosse Enver Hoxha festgestellt hat,** ***„eine unerschöpfliche Quelle des Ansporns für die revolutionären Völker in ihrem Kampf gegen Imperialismus und Aggression, sie ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie die verschiedenen revisionistischen Cliquen, die die Führung in der Partei und im Staat an sich gerissen haben, besiegt werden können."***

Der Kampf gegen den modernen Revisionismus im Verlauf der Grossen Proletarischen Kulturrevolution, seine Vertiefung in der Kampagne zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius, hat die Diktatur des Proletariats in der VR China weiter gefestigt und den sozialistischen Aufbau vorwärtsentwickelt. Die Zurückweisung der Theorien der sowjetischen Revisionisten durch die Kommunistische Partei Chinas, die Veröffentlichung des „Vorschlages zur Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung" und die sich daran anschließende Polemik hat die Trennung der Marxisten-Leninisten von den modernen Revisionisten, die Gründung und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Parteien in der ganzen Welt beschleunigt.

Heute ist die VR China, dieses große sozialistische Land, das Bollwerk der Weltrevolution. In ihrer gesamten Politik unterstützt die VR China den Kampf der Völker der Welt gegen die beiden Supermächte, den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus. Auf dem 10. Parteitag der KP Chinas sagte Tschou En Lai:

„Unser Volk und die revolutionären Völker der Welt setzen grosse Erwartungen in unsere Partei und unseren Staat. Wir sind überzeugt, daß unter Führung des Vorsitzenden Mao unsere gesamte Partei in der Lage sein wird, an der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao festzuhalten und unsere Arbeit erfolgreich durchzuführen, um unser Volk und die Völker der Welt nicht in ihren Erwartungen zu enttäuschen. ***Die Zukunftsaussichten sind glänzend, der Weg ist aber voller Windungen und Wendungen.*** *Möge sich unsere gesamte Partei, mögen sich die Volksmassen aller Nationalitäten des Landes zusammenschließen,* ***fest entschlossen sein, keine Opfer scheuen und alle Schwierigkeiten überwinden, um den Sieg zu erringen."***

Parteibüros der KPD/ML

Bielefeld:
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr

Bremen:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr

Dortmund:
Wellinghofer Str. 103, Tel: 0231/41 13 50, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hamburg:
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel: 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hannover:
Elisenstr. 20, Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Kiel:
„Thälmann - Buchladen", Reeperbahn 13, Tel: 0431/74 762, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Lübeck:
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Mannheim:
Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten: Di 16.00 – 18.30 Uhr, Do: 16.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Tel: 0621/37 67 44

München:
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 3, Thalkirchner Str. 19, Tel: 089/77 51 79, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Stuttgart:
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel: 0711/43 23 88, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.30 – 13.00 Uhr

Westberlin:
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10, Tel: 030/462 60 18 , Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr

Veranstaltungen

HAMBURG:
Veranstaltung zum 25. Jahrestag der Gründung der VR China am 12.10.1974, 19.00 Uhr, „Stübens Gesellschaftsräume", Hamburg Wilhelmsburg, Vogelhüttendeich.

KARLSRUHE:
„VR China – Bollwerk der Weltrevolution' , Feier zum 25. Jahrestag der Gründung der VR China. Ort: Clubraum des Athletiksportvereins Daxlanden, Karlsruhe-Daxlanden, Kornweg Abzw. Pfalzstraße am 30.9.74 um 20.00 Uhr.

KÖLN:
Veranstaltung zum 25. Jahrestag der Gründung der VR China am 27.9. um 19.00 Uhr in der Gaststätte „Stiftsklause'.

HANNOVER
Veranstaltung 25 Jahre VR China am 27.9. in der Gaststätte „Kühles Bier".

SINGEN:
Veranstaltung zum Thema „Was will die KPD/ML? ", am 28.9.1974, 19.00 Uhr im Gasthaus „Mohren", Schaffhauser Straße.

STUTTGART:
Im Buchladen ROTER MORGEN Stuttgart findet anläßlich des 25. Jahrestages der Gründung der VR China eine Ausstellung statt. Beginn am 21.9.1974.

VERANSTALTUNG DER ROTEN HILFE

STUTTGART:
„Hände weg von Genossen Jörg Lang!" am 2.10.74 um 19.30 Uhr in der Gaststätte „Friedenau", Rothenbergstraße.